

# **Blätter für Zürcherische Rechtsprechung**

**116. Band  
Jahrgang 2017**

Redaktion: Obergericht Zürich in Zusammenarbeit mit den  
Juristen und Juristinnen der zürcherischen Gerichte

Schulthess §



# Inhaltsübersicht

	Seiten
<b>Hefte 1-10</b>	1-272
<b>Gesetzesregister</b>	277-312
A. Zivilrecht	277
I.    Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB)	277-280
II.   Obligationenrecht (OR)	280-284
III.  Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag (VVG)	284
IV.   Handelsregisterverordnung (HREGV)	284
V.    Bundesgesetz über den Konsumkredit (KKG)	284-285
VI.   Bundesgesetz über den Schutz von Design (DESG)	285
VII.  Bundesgesetz über den unlauteren Wettbewerb (UWG)	285-286
VIII. Schweizerische Zivilprozessordnung (ZPO)	286-297
IX.   Zivilprozessordnung (ZPO/ZH)	298
X.    Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (GOG)	298-299
XI.   Gebührenverordnung des Obergerichtes (GEBV OG)	299
XII.  Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (SCHKG)	299-302
XIII. Gebührenverordnung zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (GEBV SCHKG)	303
B. Strafrecht	303
I.    Schweizerisches Strafrechtsgesetzbuch (STGB)	303-304
II.   Schweizerische Strafprozessordnung (STPO)	304-307
III.  Bundesgesetz über internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRSG)	307
IV.   Straf- und Justizvollzugsgesetz (STJVG ZH)	308

C. Anwaltsrecht	308
I. Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte (BGFA)	308
II. Verordnung über die Anwaltsgebühren (ANWGEBV/ZH)	308
D. Weitere Erlasse	309
I. Bundesgesetz über die Mehrwertsteuer (MWSTG)	309
II. Steuergesetz (des Kantons Zürich; STG)	309
III. Ordnungsbussengesetz (OBG)	309
IV. Bundesgesetz über den allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG)	309
V. Sozialhilfegesetz (SHG)	310
VI. Gesetz über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht (PBG)	310
VII. SIA-Norm 118 (Allgemeine Bedingungen für Bauarbeiten)	310
E. Internationale Abkommen	310
I. Protokoll Nr. 7 zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten	310-311
II. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte	311
III. Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Lugano-Übereinkommen; LUGÜ)	311
IV. Europäisches Auslieferungsübereinkommen	312
V. Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ)	312

## **Alphabetisches Register**

313-320

# Register zum 116. Band

der

## Blätter für Zürcherische Rechtsprechung

Die fetten Zahlen bedeuten die Nummern der Entscheide.

### Gesetzesregister

#### A. ZIVILRECHT

##### I. SCHWEIZERISCHES ZIVILGESETZBUCH (ZGB)

###### 1. Das Personenrecht

**Art. 28 ZGB. Persönlichkeitsverletzung einer juristischen Person durch Internetzeitung.** Wer in einer Internetzeitung behauptet, eine Bank befände sich in einer dramatischen Notlage, verletzt deren Persönlichkeit. Sofern keine Belege für die seitens der Bank bestrittene Behauptung vorgelegt werden, ist die Anordnung vorsorglicher Massnahmen (Beseitigung, Verbot) notwendig und verhältnismässig. **14.**

**Art. 28 ZGB. Persönlichkeitsschutz. Bejahung einer Persönlichkeitsverletzung, wenn beim Durchschnittsleser der Eindruck erweckt wird, gegen die Klägerinnen laufe in den USA ein in Tat und Wahrheit gar nicht bestehendes Strafverfahren. Möglichkeit der Verpflichtung der Beklagten (Medienunternehmen) zur Abgabe einer Willenserklärung gegenüber einer Suchmaschine auf Löschung aus deren Datenspeichern.** Auch bei vorsorglichen Massnahmen gegen Medien genügt nach bisheriger Praxis – in Abkehr der bundesgerichtlichen Rechtsprechung – das Beweismass des Glaubhaftmachens (Erw. 4.2). Für das Vorliegen eines Verfügungsanspruchs und eines besonders schweren Nachteils sind die Klägerinnen beweisbelastet. Die Beklagte (Medienunternehmen) hat das offensichtliche Fehlen von Rechtfertigungsgründen darzutun (Erw. 4.3). Bejahung einer Persönlichkeitsverletzung, wenn beim Durchschnittsleser der Eindruck erweckt wird, gegen die Klägerinnen laufe in den USA ein in Tat und Wahrheit gar nicht bestehendes Strafverfahren (Erw. 5.). Möglichkeit der Verpflichtung der Beklagten (Medienunternehmen) zur Abgabe einer Willenserklärung gegenüber einer Suchmaschine auf Löschung aus deren Datenspeichern. (Erw. 10.). Teilweise Klagegutheissung (Erw. 11.). **69.**

###### 2. Familienrecht

**Art. 276 ZGB.** Berechnung von Kinderunterhalt nach revidiertem Recht. **21.**

**Art. 285 ZGB.** Berechnung von Kinderunterhalt nach revidiertem Recht. **21.**

**Art. 315a Abs. 1 ZGB. Anordnung einer Kindesschutzmassnahme durch das Gericht im Rahmen des Scheidungsverfahrens. Sachliche Zuständigkeit der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde zum Vollzug der Anordnung und zur Aufsicht über den Beistand.** Die sachliche Zuständigkeit des Gerichts im Scheidungs- und Eheschutzverfahren zum Erlass von Kindesschutzmassnahmen nach Art. 315a Abs. 1 ZGB ist auf die Anordnung der Massnahme beschränkt. Zuständig zum Vollzug der Massnahme, zur Kontrolle und zur Aufsicht über den beauftragten Beistand ist die örtlich zuständige Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde. **70.**

**Art. 438 ZGB. Einschränkung der Bewegungsfreiheit – nur bei Urteilsunfähigkeit?**

Im Rahmen einer Fürsorgerischen Unterbringung können auch für eine urteilsfähige Person Einschränkungen der Bewegungsfreiheit verfügt werden. Konkreter Fall einer Patientin, die sich markant auffällig und zum Teil bedrohlich verhält. **55.**

**Art. 445 ZGB. Vorsorgliche Massnahmen des KESR und aufschiebende Wirkung von Rechtsmitteln.** Entgegen dem sonst allgemeinen und von der Sache her naheliegenden Grundsatz (Art. 315 Abs. 4 ZPO) hat ein Rechtsmittel gegen eine vorsorgliche Massnahme im KESR aufschiebende Wirkung, wenn diese nicht ausdrücklich entzogen wird. **47.**

**Art. 450c ZGB. Vorsorgliche Massnahmen des KESR und aufschiebende Wirkung von Rechtsmitteln.** Entgegen dem sonst allgemeinen und von der Sache her naheliegenden Grundsatz (Art. 315 Abs. 4 ZPO) hat ein Rechtsmittel gegen eine vorsorgliche Massnahme im KESR aufschiebende Wirkung, wenn diese nicht ausdrücklich entzogen wird. **47.**

### 3. Sachenrecht

**Art. 641 Abs. 2 ZGB. Ausweisung.** Das Ausweisungsverfahren ist zufolge Gegenstandslosigkeit abzuschreiben, einerseits wegen der endgültigen bzw. rechtskräftigen Einstellung des Konkursverfahrens mangels Aktiven gegen die Hauptmieterin bzw. Beklagte 1 (Erw. 7.1, Erw. 7.4) und andererseits wegen des Auszugs der Untermieterin bzw. der Beklagten 2 aus dem Mietobjekt (Erw. 8.1). Der Sachverhalt ist liquide, und die Rechtslage ist klar, in erster Linie, da sich die Einwendungen der Beklagten 2 als unsubstanziert bzw. nicht schlüssig erweisen (Erw. 4 f.). **6.**

**Art. 664 ZGB. Notwendigkeit einer Konzession für die Nutzung einer privaten Hafenanlage am/im Zürichsee.** Eine private Hafenanlage, genannt Haab, die nachweislich schon seit Hunderten von Jahren bestand und (von den Rechtsvorgängern der heutigen Eigentümer) genutzt wurde, bedarf nicht (im Nachhinein) der Verleihung einer Konzession durch den Kanton. Dies auch dann nicht, wenn sich ein eigentlicher Entstehungsgrund (Erwerbstitel) heute nicht mehr nachweisen lässt. Entscheidend ist der Rechtszustand vor Beginn der gesetzlichen Normierung solcher und ähnlicher Nutzungsrechte am See durch den Staat. **10.**

**Art. 730 f. ZGB. Notwendigkeit einer Konzession für die Nutzung einer privaten Hafenanlage am/im Zürichsee.** Eine private Hafenanlage, genannt Haab, die nachweislich schon seit Hunderten von Jahren bestand und (von den Rechtsvorgängern der heutigen Eigentümer) genutzt wurde, bedarf nicht (im Nachhinein) der Verleihung einer Konzession durch den Kanton. Dies auch dann nicht, wenn sich ein eigentlicher Entstehungsgrund (Erwerbstitel) heute nicht mehr nachweisen lässt. Entscheidend ist der Rechtszustand vor Beginn der gesetzlichen Normierung solcher und ähnlicher Nutzungsrechte am See durch den Staat. **10.**

**Art. 837 Ziff. 3 ZGB. Vorläufige Eintragung eines Bauhandwerkerpfandrechts. Anforderung an die Behauptung und Substanziierung von Arbeiten zur Wahrung der gesetzlichen Viermonatsfrist.** Die Anforderungen an die Glaubhaftmachung im Rahmen des Verfahrens um vorläufige Eintragung eines Bauhandwerkerpfandrechts sind zwar gering. Das tiefe Beweissmass ändert aber nichts an der Behauptungs- und Substanziierungslast der gesuchstellenden Partei. Dieser ist nur dann Genüge getan, wenn die von der gesuchstellenden Partei vorgetragene Tatsachen – falls wahr – den Schluss zulassen, der superprovisorische Eintrag des Pfandrechts sei spätestens vier Monate nach der Vollendung der wesentlichen Arbeiten erfolgt. Die gesuchstellende Partei hat

die Arbeiten deshalb zeitlich und inhaltlich so genau zu umschreiben, dass ausgeschlossen werden kann, dass in der Viermonatsfrist nur noch (unentgeltlich zu erbringende) Nachbesserungsarbeiten ausgeführt worden waren oder andere Arbeiten, die nicht als Abschlussarbeiten im Sinne der Rechtsprechung gelten. **37.**

**Art. 839 Abs. 2 ZGB. Vorläufige Eintragung eines Bauhandwerkerpfandrechts. Anforderung an die Behauptung und Substanziierung von Arbeiten zur Wahrung der gesetzlichen Viermonatsfrist.** Die Anforderungen an die Glaubhaftmachung im Rahmen des Verfahrens um vorläufige Eintragung eines Bauhandwerkerpfandrechts sind zwar gering. Das tiefe Beweismass ändert aber nichts an der Behauptungs- und Substanziierungslast der gesuchstellenden Partei. Dieser ist nur dann Genüge getan, wenn die von der gesuchstellenden Partei vorgetragene(n) Tatsachen – falls wahr – den Schluss zulassen, der superprovisorische Eintrag des Pfandrechts sei spätestens vier Monate nach der Vollendung der wesentlichen Arbeiten erfolgt. Die gesuchstellende Partei hat die Arbeiten deshalb zeitlich und inhaltlich so genau zu umschreiben, dass ausgeschlossen werden kann, dass in der Viermonatsfrist nur noch (unentgeltlich zu erbringende) Nachbesserungsarbeiten ausgeführt worden waren oder andere Arbeiten, die nicht als Abschlussarbeiten im Sinne der Rechtsprechung gelten. **37.**

**Art. 839 Abs. 2 ZGB. Vorläufige Eintragung eines Bauhandwerkerpfandrechts. Anforderungen an die Glaubhaftmachung von Vollendungsarbeiten zur Wahrung der gesetzlichen Viermonatsfrist.** Das herabgesetzte Beweismass der Glaubhaftmachung ändert nichts an der Behauptungs- und Substanziierungslast des Gesuchstellers. Dieser muss in seinem Gesuch mit substanziierten Behauptungen seinen Anspruch auf ein Pfandrecht und dessen Dringlichkeit begründen. Unter anderem hat er die Arbeiten zeitlich und inhaltlich so genau zu umschreiben, dass beurteilt werden kann, ob es sich dabei um Vollendungsarbeiten im Sinne des Gesetzes oder um andere, nicht fristauslösende Verrichtungen handelt. **38.**

**Art. 961 ZGB. Vorläufige Eintragung eines Bauhandwerkerpfandrechts. Anforderung an die Behauptung und Substanziierung von Arbeiten zur Wahrung der gesetzlichen Viermonatsfrist.** Die Anforderungen an die Glaubhaftmachung im Rahmen des Verfahrens um vorläufige Eintragung eines Bauhandwerkerpfandrechts sind zwar gering. Das tiefe Beweismass ändert aber nichts an der Behauptungs- und Substanziierungslast der gesuchstellenden Partei. Dieser ist nur dann Genüge getan, wenn die von der gesuchstellenden Partei vorgetragene(n) Tatsachen – falls wahr – den Schluss zulassen, der superprovisorische Eintrag des Pfandrechts sei spätestens vier Monate nach der Vollendung der wesentlichen Arbeiten erfolgt. Die gesuchstellende Partei hat die Arbeiten deshalb zeitlich und inhaltlich so genau zu umschreiben, dass ausgeschlossen werden kann, dass in der Viermonatsfrist nur noch (unentgeltlich zu erbringende) Nachbesserungsarbeiten ausgeführt worden waren oder andere Arbeiten, die nicht als Abschlussarbeiten im Sinne der Rechtsprechung gelten. **37.**

#### 4. Schlusstitel

**Art. 17 SchlT ZGB. Notwendigkeit einer Konzession für die Nutzung einer privaten Hafenanlage am/im Zürichsee.** Eine private Hafenanlage, genannt Haab, die nachweislich schon seit Hunderten von Jahren bestand und (von den Rechtsvorgängern der heutigen Eigentümer) genutzt wurde, bedarf nicht (im Nachhinein) der Verleihung einer Konzession durch den Kanton. Dies auch dann nicht, wenn sich ein eigentlicher Entstehungsgrund (Erwerbstitel) heute nicht mehr nachweisen lässt. Entscheidend ist

der Rechtszustand vor Beginn der gesetzlichen Normierung solcher und ähnlicher Nutzungsrechte am See durch den Staat. **10.**

## II. OBLIGATIONENRECHT (OR)

### 1. Allgemeine Bestimmungen

**Art. 18 OR. Auslegung von AGB betreffend die Zulässigkeit von nachträglichen Preisanpassungen der Bank nach Aufhebung des Euro-Mindestkurses.** Die im Zuge der Euro-Mindestkursaufhebung vorgenommenen, nachträglichen Preisanpassungen sind nicht durch die AGB der beklaglichen Bank gerechtfertigt (Erw. 5. und 6.). Es lag am Tag der Aufhebung, d.h. am 15. Januar 2015, insbesondere keine «besondere Marktlage» im Sinne der AGB vor (Erw. 5.3.2). Vollumfängliche Klageguthesung (Erw. 10.). **40.**

**Art. 18 Abs. 1 OR. Vertragsauslegung.** Im Massnahmeverfahren zwischen denselben Parteien wurden mit Urteil vom 15. September 2015 gegenüber der Beklagten vorsorgliche Verbote ausgesprochen, welche im Zusammenhang mit dem zwischen den Parteien am 4. Dezember 2013 abgeschlossenen Lizenzvertrag stehen (HE150183; vgl. ZR 115 [2016] Nr. 16). Innert der Prosequierfrist erhob die Klägerin die vorliegende Klage und stellte gestützt auf den genannten Lizenzvertrag u.a. weitere Begehren um Erlass vorsorglicher Massnahmen (Zusammenfassung der umfangreichen Rechtsbegehren Ziffern 1-10 vgl. Erw. 5.3.2 f. und Erw. 6.3 ff.). In Bezug auf Rechtsbegehren Ziffer 1 liegt zumindest eine teilweise Überschneidung mit den bereits mit Urteil vom 15. September 2015 angeordneten vorsorglichen Massnahmen vor, weshalb es der Klägerin insoweit an einem schutzwürdigen Interesse fehlt (Erw. 5.3.2). Zudem erweisen sich die Rechtsbegehren Ziffern 1 ff. als zu unbestimmt, um zum Urteilsdispositiv erhoben bzw. ohne weitere Verdeutlichung vollstreckt werden zu können (Erw. 6.3 ff.). Abgesehen davon hat die Klägerin den Verfügungsanspruch hinsichtlich des in Rechtsbegehren Ziff. 2 ff. beantragten Know-how-Transfers nicht glaubhaft dargetan (Erw. 7.4). Soweit auf die Begehren um Erlass vorsorglicher Massnahmen einzutreten ist, sind diese abzuweisen (Erw. 8). **3.**

**Art. 164 ff. OR. Keine provisorische Rechtsöffnung für eine dem Gesuchsteller nach Zustellung des Zahlungsbefehls rückwirkend auf die Zeit zuvor abgetretene Forderung.** Der Zessionar erwirbt die Forderung trotz Rückwirkungsklausel erst im Zeitpunkt der Zession (Erw. 2.3). Geht die Forderung erst nach der Zustellung des Zahlungsbefehls auf den Gläubiger über, ist sein Gesuch um Rechtsöffnung abzuweisen. Nichts daran ändert die bundesgerichtliche Rechtsprechung, wonach ein später erfolgter Forderungsübergang zu berücksichtigen ist. Diese Praxis bezieht sich nur auf das Erkenntnisverfahren der Aberkennung, nicht auf das vollstreckungsrechtliche Rechtsöffnungsverfahren (Erw. 2.4). **24.**

### 2. Die einzelnen Vertragsverhältnisse

#### a. Die Miete

**Art. 257c OR. Mieterausweisung nach einer ausserordentlichen Kündigung wegen Zahlungsverzugs.** Anforderung an das Vorliegen eines klaren Falls nach Art. 257 ZPO: Die Mahnung mit Zahlungsaufforderung nach Art. 257d OR hat den ausstehenden Betrag bestimmt und nachvollziehbar darzustellen. Das bedingt, dass die Zusammensetzung eines unter dem Titel «offene Mietzinsen» genannten Betrags nachvollziehbar

ist. Wenn die neue Vermieterpartei nach einem Eigentümerwechsel den Mietzins zunächst in einer nichtigen einseitigen Vertragsanpassung erhöhte und die Parteien kurz darauf – in Unkenntnis der Nichtigkeit – einen neuen Mietvertrag mit angepasstem Mietzins (und keinen weiteren Änderungen abgesehen vom Nachführen des Eigentümerwechsels) unterzeichnen, genügt das den Anforderungen an eine konsensuale Mietzinserhöhung nicht. Der Saldo einer Nebenkostenabrechnung wird nicht fällig, wenn die Mieterpartei keine detaillierte Nebenkostenabrechnung erhalten hat. **45.**

**Art. 257d OR. Mieterausweisung nach einer ausserordentlichen Kündigung wegen Zahlungsverzugs.** Anforderung an das Vorliegen eines klaren Falls nach Art. 257 ZPO: Die Mahnung mit Zahlungsaufforderung nach Art. 257d OR hat den ausstehenden Betrag bestimmt und nachvollziehbar darzustellen. Das bedingt, dass die Zusammensetzung eines unter dem Titel «offene Mietzinsen» genannten Betrags nachvollziehbar ist. Wenn die neue Vermieterpartei nach einem Eigentümerwechsel den Mietzins zunächst in einer nichtigen einseitigen Vertragsanpassung erhöhte und die Parteien kurz darauf – in Unkenntnis der Nichtigkeit – einen neuen Mietvertrag mit angepasstem Mietzins (und keinen weiteren Änderungen abgesehen vom Nachführen des Eigentümerwechsels) unterzeichnen, genügt das den Anforderungen an eine konsensuale Mietzinserhöhung nicht. Der Saldo einer Nebenkostenabrechnung wird nicht fällig, wenn die Mieterpartei keine detaillierte Nebenkostenabrechnung erhalten hat. **44.**

**Art. 266k OR. Finanzierungsleasingvertrag über ein Konsumgut ausserhalb des Geltungsbereichs des KKG. Zulässigkeit der nachträglichen Erhöhung der Leasingraten bei vorzeitiger Vertragskündigung.** Auch Finanzierungsleasingverträge über Konsumgüter, die nicht dem KKG unterstehen, sind zwingend vorzeitig kündbar (Art. 266k OR analog). Bei vorzeitiger Beendigung eines solchen Vertrags ist nicht jedwelche Entschädigung ausgeschlossen. Als unzulässig haben nur vereinbarte Entschädigungen zu gelten, die sich ihrer Höhe nach wirtschaftlich nicht als Entgelt für die Gebrauchsüberlassung der Leasing Sache während der effektiven Vertragsdauer rechtfertigen lassen und damit eigentliche Vertragsstrafen für die vorzeitige Kündigung oder ungerechtfertigte Bereicherungen des Leasinggebers darstellen (Erw. 3.6). **20.**

**Art. 269d Abs. 1 OR. Mieterausweisung nach einer ausserordentlichen Kündigung wegen Zahlungsverzugs.** Anforderung an das Vorliegen eines klaren Falls nach Art. 257 ZPO: Die Mahnung mit Zahlungsaufforderung nach Art. 257d OR hat den ausstehenden Betrag bestimmt und nachvollziehbar darzustellen. Das bedingt, dass die Zusammensetzung eines unter dem Titel «offene Mietzinsen» genannten Betrags nachvollziehbar ist. Wenn die neue Vermieterpartei nach einem Eigentümerwechsel den Mietzins zunächst in einer nichtigen einseitigen Vertragsanpassung erhöhte und die Parteien kurz darauf – in Unkenntnis der Nichtigkeit – einen neuen Mietvertrag mit angepasstem Mietzins (und keinen weiteren Änderungen abgesehen vom Nachführen des Eigentümerwechsels) unterzeichnen, genügt das den Anforderungen an eine konsensuale Mietzinserhöhung nicht. Der Saldo einer Nebenkostenabrechnung wird nicht fällig, wenn die Mieterpartei keine detaillierte Nebenkostenabrechnung erhalten hat. **45.**

**Art. 269d Abs. 2 OR. Mieterausweisung nach einer ausserordentlichen Kündigung wegen Zahlungsverzugs.** Anforderung an das Vorliegen eines klaren Falls nach Art. 257 ZPO: Die Mahnung mit Zahlungsaufforderung nach Art. 257d OR hat den ausstehenden Betrag bestimmt und nachvollziehbar darzustellen. Das bedingt, dass die Zusammensetzung eines unter dem Titel «offene Mietzinsen» genannten Betrags nachvollziehbar ist. Wenn die neue Vermieterpartei nach einem Eigentümerwechsel den Mietzins zunächst in einer nichtigen einseitigen Vertragsanpassung erhöhte und die Parteien kurz darauf – in Unkenntnis der Nichtigkeit – einen neuen Mietvertrag mit angepas-

tem Mietzins (und keinen weiteren Änderungen abgesehen vom Nachführen des Eigentümerwechsels) unterzeichnen, genügt das den Anforderungen an eine konsensuale Mietzinserhöhung nicht. Der Saldo einer Nebenkostenabrechnung wird nicht fällig, wenn die Mieterpartei keine detaillierte Nebenkostenabrechnung erhalten hat. **45.**

### **b. Der Arbeitsvertrag**

**Art. 321a OR. Frage der Tatbestandserfüllung der Nötigung durch Druckausübung auf eine Arbeitnehmerin in betriebsinterner Untersuchung.** Rechtliche Vorgaben für betriebsinterne Untersuchungen bei Verdacht auf eine strafbare Handlung im Unternehmen (Erw. II/71). Die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers in betriebsinternen Untersuchungen verpflichtet diesen, die Arbeitnehmerin anzuhören. Die weiteren Anforderungen an die Fürsorgepflicht hängen von den Umständen im Einzelfall ab (Erw. II/72). Die Mitwirkungs- und Auskunftspflicht der Arbeitnehmerin kollidiert mit dem strafprozessualen Recht auf Selbstbelastungsfreiheit und Aussageverweigerung (Erw. II/73). Mögliche strafrechtliche Folgen der Verletzung der Fürsorgepflicht in betriebsinternen Untersuchungen (Erw. II/74). **78.**

**Art. 328 OR. Frage der Tatbestandserfüllung der Nötigung durch Druckausübung auf eine Arbeitnehmerin in betriebsinterner Untersuchung.** Rechtliche Vorgaben für betriebsinterne Untersuchungen bei Verdacht auf eine strafbare Handlung im Unternehmen (Erw. II/71). Die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers in betriebsinternen Untersuchungen verpflichtet diesen, die Arbeitnehmerin anzuhören. Die weiteren Anforderungen an die Fürsorgepflicht hängen von den Umständen im Einzelfall ab (Erw. II/72). Die Mitwirkungs- und Auskunftspflicht der Arbeitnehmerin kollidiert mit dem strafprozessualen Recht auf Selbstbelastungsfreiheit und Aussageverweigerung (Erw. II/73). Mögliche strafrechtliche Folgen der Verletzung der Fürsorgepflicht in betriebsinternen Untersuchungen (Erw. II/74). **78.**

**Art. 340 ff. OR. Analoge Anwendbarkeit der arbeitsvertraglichen Bestimmungen auf ein Konkurrenzverbot in einem Aktionärbindungsvertrag. Substanziierungsobliegenheit bei der Nachteilsprognose. Besondere Aspekte der Verhältnismässigkeitsprüfung bei der Realvollstreckung eines Konkurrenzverbots.** Die analoge Anwendung der arbeitsvertraglichen Bestimmungen über das Konkurrenzverbot auf andere Vertragsverhältnisse ist dann angezeigt, wenn die eine Partei von der anderen wirtschaftlich abhängig ist und die Schutzbedürftigkeit der schwächeren Partei die analoge Anwendung gebietet. Massgebend ist die Art und das Ausmass der Abhängigkeit (Erw. 3.2). Der durch eine Konkurrenzierung resultierende Schaden ist zwar schwierig nachzuweisen. Um ihrer Substanziierungsobliegenheit zu genügen, muss eine gesuchstellende Partei aber dennoch alle Umstände behaupten und glaubhaft machen, die für den Eintritt des Schadens sprechen und dessen Abschätzung erlauben oder erleichtern (Erw. 3.3). Es ist Zurückhaltung geboten, wenn es darum geht, einen erst glaubhaft gemachten Anspruch vorläufig zu vollstrecken; dies besonders dann, wenn die Massnahme die Rechtsstellung der gesuchsgegnerischen Partei in besonders schwerwiegender Weise beeinträchtigt (Erw. 3.4). **62.**

### **c. Der Werkvertrag**

**Art. 367 Abs. 2 OR. Prüfung des Werkes durch Sachverständigen.** Die Prüfung des Werkes nach Art. 367 Abs. 2 OR ist im nicht streitigen Verfahren anzubegehren (Erw. 9.6.1). Das grundsätzlich legitime Argument des dringlichen Sanierungsbedarfes ist nach Jahr und Tag sowie umfangreichen Abklärungen nicht zu hören (Erw. 9.6.2).

Diskussion über Vereinbarung betreffend eines Schiedsgutachtens und dessen Bindungswirkung (Erw. 9.7). **76.**

#### **d. Der einfache Auftrag**

**Art. 394 ff. OR. Bankvertrag. Auslegung von AGB betreffend die Zulässigkeit von nachträglichen Preisadjustierungen der Bank nach Aufhebung des Euro-Mindestkurses.** Die im Zuge der Euro-Mindestkursaufhebung vorgenommenen, nachträglichen Preisadjustierungen sind nicht durch die AGB der beklaglichen Bank gerechtfertigt (Erw. 5. und 6.). Es lag am Tag der Aufhebung, d.h. am 15. Januar 2015, insbesondere keine «besondere Marktlage» im Sinne der AGB vor (Erw. 5.3.2). Vollumfängliche Klagegutheissung (Erw. 10.). **40.**

**Art. 398 Abs. 2 OR. Erfüllungsklage. Risiko-/Schadensüberwälzung auf die Bankkündin bei Leistung an einen Unberechtigten durch die Bank.** Der Bank ist vorliegend grobe Fahrlässigkeit vorzuwerfen, da sie von falschen E-Mail-Adressen aus weitergeleitete Zahlungsaufträge in je sechsstelliger Höhe zugunsten eines bislang unbekanntem Empfängers in Singapur (wobei die betreffende Bankkündin bisher auch keinen Bezug zu Singapur hatte) ohne genauere Verifizierung des Auftrags und Auftraggebers ausführte (Erw. 9.5). **4.**

### **3. Die Handelsgesellschaften und die Genossenschaft**

#### **a. Die Aktiengesellschaft**

**Art. 731b OR. Organisationsmangel. Gegenstandslosigkeit nach Mangelbehebung.** Auch wenn die Umstände – Ableben des einzigen Verwaltungsrates und wohl auch einzigen Aktionärs – für ein etwas zurückhaltendes Vorgehen der Behörden sprechen, sind die Erben gehalten, mit einer gewissen Beförderlichkeit für die Mangelbehebung zu sorgen. Dem Handelsregisteramt sind für ein Zuwarten mit der Klageeinleitung von Gesetzes wegen enge Grenzen gesteckt. **2.**

**Art. 731b OR. Organisationsmangel.** Es kann kein leichtes Verschulden mehr angenommen werden, wenn aus der Begründung des Wiederherstellungsgesuches hervorgeht, dass die Mangelbehebung nicht ernsthaft angestrebt wird. **9.**

**Art. 731b OR. Organisationsmangel. Erweiterter Gehörsanspruch. Massnahme: Einsetzung eines Sachwalters oder Anordnung der Liquidation?** Im Verfahren betreffend Organisationsmangel kann es gerechtfertigt sein, nicht nur die Parteien anzuhören. Wollen alle Aktionäre die Liquidation und liegen eher undurchsichtige Verhältnisse vor, so ist trotz Vorhandenseins gewisser Aktiven die Liquidation nach den Vorschriften über den Konkurs anzuordnen. **26.**

**Art. 734 OR. Liquidation Aktiengesellschaft. Kapitalherabsetzung während Liquidation. Gläubigerschutz.** Erscheint glaubhaft gemacht, dass die Liquidation mit der Verteilung ohne Hinterlegung oder Sicherstellung bezüglich einer bestrittenen Forderung droht, kann eine vorsorgliche Massnahme ergehen (Erw. 4.2-4.6). Gläubigerschutz bei der Kapitalherabsetzung (Erw. 4.7-4.8). Keine Fristansetzung (Erw. 4.9.2). **73.**

**Art. 744 f. Liquidation Aktiengesellschaft. Kapitalherabsetzung während Liquidation. Gläubigerschutz.** Erscheint glaubhaft gemacht, dass die Liquidation mit der Verteilung ohne Hinterlegung oder Sicherstellung bezüglich einer bestrittenen Forderung droht, kann eine vorsorgliche Massnahme ergehen (Erw. 4.2-4.6). Gläubigerschutz bei der Kapitalherabsetzung (Erw. 4.7-4.8). Keine Fristansetzung (Erw. 4.9.2). **73.**

## b. Das Handelsregister

**Art. 941a OR. Organisationsmangel. Fehlen einer Vertretung mit Wohnsitz in der Schweiz bei der Zweigniederlassung einer bulgarischen Einzelfirma.** Für Organisationsmängel bei Zweigniederlassungen ausländischer Einzelfirmen ist das Einzelgericht des Handelsgerichtes sachlich nicht zuständig. **75.**

## III. BUNDESGESETZ ÜBER DEN VERSICHERUNGSVERTRAG (VVG)

**Art. 60 VVG. Es besteht kein Anlass, einer Klientin zur Sicherstellung allfälliger Schadenersatzansprüche die Versicherungsgesellschaft bekannt zu geben, bei welcher deren Anwältin ihre Berufshaftpflichtversicherung abgeschlossen hat, sofern die Anwältin dieser den allfälligen Schadenfall rechtzeitig gemeldet hat.** Soweit die Versicherte die Versicherungsgesellschaft rechtzeitig über den Schadenfall informiert, sind die Rechte der Geschädigten nach Art. 60 VVG von Gesetzes wegen sichergestellt. Ist die Meldung erfolgt, hat die Klientin keinen Anspruch auf Bekanntgabe der Versicherungsgesellschaft. Anders wäre unter Umständen zu entscheiden, wenn der betreffende Anwalt nicht in der Lage ist, das Schadenereignis zu melden oder den Klienten über den Namen des Versicherers zu informieren. Das Zürcher Verwaltungsgericht hat diesen Entscheid im Ergebnis bestätigt mit Urteil des Einzelrichters vom 4. Juli 2016, VB.2016.00170. **8.**

## IV. HANDELSREGISTERVERORDNUNG (HREGV)

**Art. 164 Abs. 1 lit. a i.V.m. Art. 155 HRegV. Wiedereintragung einer im Handelsregister gelöschten Rechtseinheit, wenn noch ein verwertbares Aktivum der Gesellschaft vorhanden ist. Glaubhaftmachen dieses Aktivums.** Eine Gesellschaft, die in Anwendung von Art. 155 HRegV wegen fehlender Geschäftstätigkeit und fehlender Aktiven im Handelsregister gelöscht wurde, kann nach Art. 164 Abs. 1 lit. a HRegV wieder eingetragen werden, wenn sich nach der Löschung herausstellt, dass noch verwertbare Aktiven der Gesellschaft vorhanden sind. Das Vorliegen solcher Aktiven ist glaubhaft zu machen. Das bedingt eine schlüssige, in sich stimmige Schilderung sowie objektive Anhaltspunkte, aufgrund derer eine gewisse Wahrscheinlichkeit für das Vorhandensein der behaupteten Tatsachen spricht. **58.**

## V. BUNDESGESETZ ÜBER DEN KONSUMKREDIT (KKG)

**Art. 11 Abs. 2 lit. g KKG (analog). Finanzierungsleasingvertrag über ein Konsumgut ausserhalb des Geltungsbereichs des KKG. Zulässigkeit der nachträglichen Erhöhung der Leasingraten bei vorzeitiger Vertragskündigung.** Auch Finanzierungsleasingverträge über Konsumgüter, die nicht dem KKG unterstehen, sind zwingend vorzeitig kündbar (Art. 266k OR analog). Bei vorzeitiger Beendigung eines solchen Vertrags ist nicht jedwelche Entschädigung ausgeschlossen. Als unzulässig haben nur vereinbarte Entschädigungen zu gelten, die sich ihrer Höhe nach wirtschaftlich nicht als Entgelt

für die Gebrauchsüberlassung der Leasingsache während der effektiven Vertragsdauer rechtfertigen lassen und damit eigentliche Vertragsstrafen für die vorzeitige Kündigung oder ungerechtfertigte Bereicherungen des Leasinggebers darstellen (Erw. 3.6). **20.**

**Art. 17 Abs. 3 KKG (analog). Finanzierungsleasingvertrag über ein Konsumgut ausserhalb des Geltungsbereichs des KKG. Zulässigkeit der nachträglichen Erhöhung der Leasingraten bei vorzeitiger Vertragskündigung.** Auch Finanzierungsleasingverträge über Konsumgüter, die nicht dem KKG unterstehen, sind zwingend vorzeitig kündbar (Art. 266k OR analog). Bei vorzeitiger Beendigung eines solchen Vertrags ist nicht jedwelche Entschädigung ausgeschlossen. Als unzulässig haben nur vereinbarte Entschädigungen zu gelten, die sich ihrer Höhe nach wirtschaftlich nicht als Entgelt für die Gebrauchsüberlassung der Leasingsache während der effektiven Vertragsdauer rechtfertigen lassen und damit eigentliche Vertragsstrafen für die vorzeitige Kündigung oder ungerechtfertigte Bereicherungen des Leasinggebers darstellen (Erw. 3.6). **20.**

## VI. BUNDESGESETZ ÜBER DEN SCHUTZ VON DESIGN (DESG)

**Art. 2 DesG. Massnahmen. Design. Kugelschreiber (Werbeartikel). Eigenart.** Verneinung der Eigenart (Erw. 7). Verneinung der Kennzeichnungskraft und damit der Verwechslungsgefahr (Erw. 8). Verneinung eines sonstigen unlauteren Verhaltens (Erw. 8). **17.**

**Art. 4 lit. b DesG. Vorsorgliche. Design. Kugelschreiber (Werbeartikel). Eigenart.** Verneinung der Eigenart (Erw. 7). Verneinung der Kennzeichnungskraft und damit der Verwechslungsgefahr (Erw. 8). Verneinung eines sonstigen unlauteren Verhaltens (Erw. 8). **17.**

**Art. 4 lit. b DesG. Beweislast.** Das Handelsgericht des Kantons Zürich schliesst sich der Rechtsprechung des Handelsgerichts des Kantons Aargau an. Den Ausschlussgrund der technischen Bedingtheit im Sinne von Art. 4 lit. c DesG hat der Schutzrechtsgegner, vorliegend die Klägerin, zu beweisen. Gleiches gilt auch für den Ausschlussgrund gemäss Art. 4 lit. b DesG (Erw. 2). **42.**

**Art. 4 lit. c DesG. Beweislast.** Das Handelsgericht des Kantons Zürich schliesst sich der Rechtsprechung des Handelsgerichts des Kantons Aargau an. Den Ausschlussgrund der technischen Bedingtheit im Sinne von Art. 4 lit. c DesG hat der Schutzrechtsgegner, vorliegend die Klägerin, zu beweisen. Gleiches gilt auch für den Ausschlussgrund gemäss Art. 4 lit. b DesG (Erw. 2). **42.**

**Art. 21 DesG. Beweislast.** Das Handelsgericht des Kantons Zürich schliesst sich der Rechtsprechung des Handelsgerichts des Kantons Aargau an. Den Ausschlussgrund der technischen Bedingtheit im Sinne von Art. 4 lit. c DesG hat der Schutzrechtsgegner, vorliegend die Klägerin, zu beweisen. Gleiches gilt auch für den Ausschlussgrund gemäss Art. 4 lit. b DesG (Erw. 2). **42.**

## VII. BUNDESGESETZ ÜBER DEN UNLAUTEREN WETTBEWERB (UWG)

**Art. 2 UWG. Kugelschreiber (Werbeartikel). Eigenart. Lauterkeitsrechtliche Verwechslungsgefahr.** Verneinung der Eigenart (Erw. 7). Verneinung der Kennzeichnungs-

kraft und damit der Verwechslungsgefahr (Erw. 8). Verneinung eines sonstigen unlauteren Verhaltens (Erw. 8). **17.**

**Art. 3 lit. d UWG. Kugelschreiber (Werbeartikel). Eigenart. Lauterkeitsrechtliche Verwechslungsgefahr.** Verneinung der Eigenart (Erw. 7). Verneinung der Kennzeichnungskraft und damit der Verwechslungsgefahr (Erw. 8). Verneinung eines sonstigen unlauteren Verhaltens (Erw. 8). **17.**

## VIII. SCHWEIZERISCHE ZIVILPROZESSORDNUNG (ZPO)

### 1. Allgemeine Bestimmungen

**Art. 6 ZPO. Vorsorgliche Beweisführung. Prüfung des Werkes durch Sachverständigen. Rechtsschutzinteresse. Rechtliches Gehör und Novenrecht. Streitwert. Parteientschädigung.** Wurden schon viele einschlägige Gutachten erstellt, von welchen einige durch beide Parteien anerkannt worden sind, fehlt das allgemeine Rechtsschutzinteresse für eine vorsorgliche Beweisführung (Erw. 9.1-9.5). Die Prüfung des Werkes nach Art. 367 Abs. 2 OR ist im nicht streitigen Verfahren anzubegehren (Erw. 9.6.1). Das grundsätzlich legitime Argument des dringlichen Sanierungsbedarfes ist nach Jahr und Tag sowie umfangreichen Abklärungen nicht zu hören (Erw. 9.6.2). Diskussion über Vereinbarung betreffend eines Schiedsgutachtens und dessen Bindungswirkung (Erw. 9.7). Der Anspruch auf rechtliches Gehör entbindet nicht von der Obliegenheit, das Einführen von Noven zu begründen (Erw. 5 f., Erw. 7). Streitwert bei Verfahren mit begrenzter Wirkung (Erw. 11). Unnötig breite Parteivorbringen sind nicht zu entschädigen (Erw. 11). **76.**

**Art. 6 Abs. 4 lit. b ZPO. Organisationsmangel. Fehlen einer Vertretung mit Wohnsitz in der Schweiz bei der Zweigniederlassung einer bulgarischen Einzelfirma.** Für Organisationsmängel bei Zweigniederlassungen ausländischer Einzelfirmen ist das Einzelgericht des Handelsgerichtes sachlich nicht zuständig. **75.**

**Art. 50 ZPO. Zuständigkeit zur Beurteilung von Ausstandsbegehren gegenüber Mitgliedern der unteren Aufsichtsbehörde über Schuldbeitreibung und Konkurs.** Das SchKG regelt das Verfahren über Ausstandsgesuche gegenüber Mitgliedern der Aufsichtsbehörden nicht. Das massgebliche Recht des Kantons Zürich verweist auf die ZPO. Nach Art. 50 Abs. 1 ZPO i.V.m. § 127 lit. c GOG entscheidet daher die untere Aufsichtsbehörde über Ausstandsbegehren gegenüber ihren Mitgliedern. Dieser Entscheid ist mit Beschwerde anfechtbar (Art. 50 Abs. 2 ZPO). **65.**

**Art. 52 ZPO. Voraussetzungen des Vertrauensschutzes bei falscher Rechtsmittelbelehrung.** Die Frist zur Erhebung der Beschwerde gegen eine prozessleitende Verfügung beträgt 10 Tage, auch wenn die Verfügung gleichzeitig mit einem Teilurteil ergeht und die erste Instanz zu beiden Entscheiden auf eine 30-tägige Rechtsmittelfrist hinweist. Die Frist läuft im Falle der Zustellfiktion nach Art. 138 Abs. 3 lit. a ZPO bei nicht abgeholter eingeschriebener Sendung ab dem Ablauf der postalischen Abholfrist. Weitere, von der ZPO nicht vorgesehene und nicht erlaubte eingeschriebene Zustellungen des Entscheids ändern daran nichts. Vorbehalten ist das Gebot von Treu und Glauben nach Art. 52 ZPO. Der Vertrauensschutz setzt voraus, dass der Fehler der ersten Instanz (die erneute Zustellung bzw. die falsche Rechtsmittelbelehrung) die Partei davon abhält, fristgerecht zu handeln. Das ist nicht der Fall, wenn die 10-tägige Rechtsmittelfrist (ab der Zustellfiktion berechnet) im Zeitpunkt der späteren, effektiven Zustellung des Entscheids mit der falschen Rechtsmittelbelehrung bereits verstrichen ist. **50.**

**Art. 53 ZPO. Organisationsmangel. Erweiterter Gehörsanspruch. Massnahme: Einsetzung eines Sachwalters oder Anordnung der Liquidation?** Im Verfahren betreffend Organisationsmangel kann es gerechtfertigt sein, nicht nur die Parteien anzuhören. Wollen alle Aktionäre die Liquidation und liegen eher undurchsichtige Verhältnisse vor, so ist trotz Vorhandenseins gewisser Aktiven die Liquidation nach den Vorschriften über den Konkurs anzuordnen. **26.**

**Art. 53 ZPO. Rechtliches Gehör und Novenrecht.** Die Prüfung des Werkes nach Art. 367 Abs. 2 OR ist im nicht streitigen Verfahren anzubeglehen (Erw. 9.6.1). Das grundsätzlich legitime Argument des dringlichen Sanierungsbedarfes ist nach Jahr und Tag sowie umfangreichen Abklärungen nicht zu hören (Erw. 9.6.2). Diskussion über Vereinbarung betreffend eines Schiedsgutachtens und dessen Bindungswirkung (Erw. 9.7). Der Anspruch auf rechtliches Gehör entbindet nicht von der Obliegenheit, das Einführen von Noven zu begründen (Erw. 5 f., Erw. 7). **76.**

**Art. 53 Abs. 2 ZPO. Akteneinsichtsrecht.** Fünf Tage vor der Hauptverhandlung müssen die Akten auch Anwälten nicht mehr herausgegeben werden, sondern es genügt, wenn in den Gerichtsräumlichkeiten Einsicht gewährt wird. Die Tonbandaufnahme der Hauptverhandlung ist unabhängig vom Einverständnis der betroffenen Personen zulässig. Die Einsichtnahme in die Tonaufnahme setzt ein rechtliches Interesse voraus. **18.**

**Art. 55 ZPO. Vorläufige Eintragung eines Bauhandwerkerpfandrechts. Anforderung an die Behauptung und Substanziierung von Arbeiten zur Wahrung der gesetzlichen Viermonatsfrist.** Die Anforderungen an die Glaubhaftmachung im Rahmen des Verfahrens um vorläufige Eintragung eines Bauhandwerkerpfandrechts sind zwar gering. Das tiefe Beweismass ändert aber nichts an der Behauptungs- und Substanziierungslast der gesuchstellenden Partei. Dieser ist nur dann Genüge getan, wenn die von der gesuchstellenden Partei vorgetragene Tatsachen – falls wahr – den Schluss zulassen, der superprovisorische Eintrag des Pfandrechts sei spätestens vier Monate nach der Vollendung der wesentlichen Arbeiten erfolgt. Die gesuchstellende Partei hat die Arbeiten deshalb zeitlich und inhaltlich so genau zu umschreiben, dass ausgeschlossen werden kann, dass in der Viermonatsfrist nur noch (unentgeltlich zu erbringende) Nachbesserungsarbeiten ausgeführt worden waren oder andere Arbeiten, die nicht als Abschlussarbeiten im Sinne der Rechtsprechung gelten. **37.**

**Art. 59 Abs. 2 lit. a ZPO. Rechtsschutzinteresse.** Im Massnahmeverfahren zwischen denselben Parteien wurden mit Urteil vom 15. September 2015 gegenüber der Beklagten vorsorgliche Verbote ausgesprochen, welche im Zusammenhang mit dem zwischen den Parteien am 4. Dezember 2013 abgeschlossenen Lizenzvertrag stehen (HE150183; vgl. ZR 115 [2016] Nr. 16). Innert der Prosequierungsfrist erhob die Klägerin die vorliegende Klage und stellte gestützt auf den genannten Lizenzvertrag u.a. weitere Begehren um Erlass vorsorglicher Massnahmen (Zusammenfassung der umfangreichen Rechtsbegehren Ziffern 1-10 vgl. Erw. 5.3.2 f. und Erw. 6.3 ff.). In Bezug auf Rechtsbegehren Ziffer 1 liegt zumindest eine teilweise Überschneidung mit den bereits mit Urteil vom 15. September 2015 angeordneten vorsorglichen Massnahmen vor, weshalb es der Klägerin insoweit an einem schutzwürdigen Interesse fehlt (Erw. 5.3.2). Zudem erweisen sich die Rechtsbegehren Ziffern 1 ff. als zu unbestimmt, um zum Urteilsdispositiv erhoben bzw. ohne weitere Verdeutlichung vollstreckt werden zu können (Erw. 6.3 ff.). Abgesehen davon hat die Klägerin den Verfügungsanspruch hinsichtlich des in Rechtsbegehren Ziff. 2 ff. beantragten Know-how-Transfers nicht glaubhaft dargetan (Erw. 7.4). Soweit auf die Begehren um Erlass vorsorglicher Massnahmen einzutreten ist, sind diese abzuweisen (Erw. 8). **3.**

**Art. 59 Abs. 2 lit. a ZPO. Rechtsschutzinteresse.** Die Prüfung des Werkes nach Art. 367 Abs. 2 OR ist im nicht streitigen Verfahren anzubegehren (Erw. 9.6.1). Das grundsätzlich legitime Argument des dringlichen Sanierungsbedarfes ist nach Jahr und Tag sowie umfangreichen Abklärungen nicht zu hören (Erw. 9.6.2). Diskussion über Vereinbarung betreffend eines Schiedsgutachtens und dessen Bindungswirkung (Erw. 9.7). **76.**

**Art. 59 Abs. 2 lit. b ZPO. Sachliche Zuständigkeit der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde zum Vollzug der Anordnung und zur Aufsicht über den Beistand.** Die sachliche Zuständigkeit des Gerichts im Scheidungs- und Eheschutzverfahren zum Erlass von Kinderschutzmassnahmen nach Art. 315a Abs. 1 ZGB ist auf die Anordnung der Massnahme beschränkt. Zuständig zum Vollzug der Massnahme, zur Kontrolle und zur Aufsicht über den beauftragten Beistand ist die örtlich zuständige Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde. **70.**

**Art. 59 Abs. 2 lit. c ZPO. Prozessfähigkeit der Klägerin.** Im Massnahmeverfahren zwischen denselben Parteien wurden mit Urteil vom 15. September 2015 gegenüber der Beklagten vorsorgliche Verbote ausgesprochen, welche im Zusammenhang mit dem zwischen den Parteien am 4. Dezember 2013 abgeschlossenen Lizenzvertrag stehen (HE150183; vgl. ZR 115 [2016] Nr. 16). Innert der Prosequierungsfrist erhob die Klägerin die vorliegende Klage und stellte gestützt auf den genannten Lizenzvertrag u.a. weitere Begehren um Erlass vorsorglicher Massnahmen (Zusammenfassung der umfangreichen Rechtsbegehren Ziffern 1-10 vgl. Erw. 5.3.2 f. und Erw. 6.3 ff.). In Bezug auf Rechtsbegehren Ziffer 1 liegt zumindest eine teilweise Überschneidung mit den bereits mit Urteil vom 15. September 2015 angeordneten vorsorglichen Massnahmen vor, weshalb es der Klägerin insoweit an einem schutzwürdigen Interesse fehlt (Erw. 5.3.2). Zudem erweisen sich die Rechtsbegehren Ziffern 1 ff. als zu unbestimmt, um zum Urteilsdispositiv erhoben bzw. ohne weitere Verdeutlichung vollstreckt werden zu können (Erw. 6.3 ff.). Abgesehen davon hat die Klägerin den Verfügungsanspruch hinsichtlich des in Rechtsbegehren Ziff. 2 ff. beantragten Know-how-Transfers nicht glaubhaft dargetan (Erw. 74). Soweit auf die Begehren um Erlass vorsorglicher Massnahmen einzutreten ist, sind diese abzuweisen (Erw. 8). **3.**

**Art. 71 ZPO. Eventuelle Streitgenossenschaft.** Eine eventuelle Streitgenossenschaft ist unzulässig. Wird die Beurteilung verschiedener Ansprüche gegen unterschiedliche Parteien in einem einzigen Prozess angestrebt, wobei ein Anspruch gegen eine «eventualiter Beklagte» nur im Fall des Unterliegens gegen die (Haupt-)Beklagte bestehen soll, beurteilt sich die Zulässigkeit eines Gesamtverfahrens nach Art. 81 f. ZPO, nicht nach Art. 71 ZPO. **48.**

**Art. 81 f. ZPO. Eventuelle Streitgenossenschaft.** Eine eventuelle Streitgenossenschaft ist unzulässig. Wird die Beurteilung verschiedener Ansprüche gegen unterschiedliche Parteien in einem einzigen Prozess angestrebt, wobei ein Anspruch gegen eine «eventualiter Beklagte» nur im Fall des Unterliegens gegen die (Haupt-)Beklagte bestehen soll, beurteilt sich die Zulässigkeit eines Gesamtverfahrens nach Art. 81 f. ZPO, nicht nach Art. 71 ZPO. **48.**

**Art. 91 ZPO. Streitwert.** Streitwert bei Verfahren mit begrenzter Wirkung (Erw. 11). **76.**

**Art. 99 Abs. 1 lit. c ZPO. Pflicht zur Sicherstellung der Parteientschädigung.** Bejahung der Pflicht zur Sicherstellung der Parteientschädigung im Sinne von Art. 99 Abs. 1 lit. c ZPO auch bei Erhebung der Verrechnungseinrede durch den Kläger gestützt auf die im Streit befindliche Forderung. **22.**

**Art. 104 Abs. 4 ZPO.** Rückweisung: Verteilung der Gerichtskosten durch die Berufungsinstanz (Erw. 8.1). **33.**

**Art. 106 Abs. 1 ZPO. Verteilung der Mehrkosten für die schriftliche Begründung des Entscheides.** Verlangt eine Partei innert zehn Tagen die schriftliche Begründung eines unbegründet eröffneten erstinstanzlichen Entscheides (Art. 239 Abs. 1 und 2 ZPO), darf ihr daraus kein Nachteil erwachsen, indem ihr die Kosten für die Entscheidbegründung auferlegt werden. § 10 Abs. 2 GebV OG ändert nichts daran, dass sich die Verteilung der Prozesskosten nach den bundesrechtlichen Vorschriften in Art. 106 Abs. 1 und 2 ZPO richtet, mithin die gesamten Kosten des erstinstanzlichen Verfahrens (inkl. die Kosten der schriftlichen Begründung) den Parteien entsprechend dem Verfahrensausgang aufzuerlegen sind (Erw. III.G.3.1). **57.**

**Art. 106 Abs. 2 ZPO. Verteilung der Mehrkosten für die schriftliche Begründung des Entscheides.** Verlangt eine Partei innert zehn Tagen die schriftliche Begründung eines unbegründet eröffneten erstinstanzlichen Entscheides (Art. 239 Abs. 1 und 2 ZPO), darf ihr daraus kein Nachteil erwachsen, indem ihr die Kosten für die Entscheidbegründung auferlegt werden. § 10 Abs. 2 GebV OG ändert nichts daran, dass sich die Verteilung der Prozesskosten nach den bundesrechtlichen Vorschriften in Art. 106 Abs. 1 und 2 ZPO richtet, mithin die gesamten Kosten des erstinstanzlichen Verfahrens (inkl. die Kosten der schriftlichen Begründung) den Parteien entsprechend dem Verfahrensausgang aufzuerlegen sind (Erw. III.G.3.1). **57.**

**Art. 107 Abs. 1 lit. e ZPO. Ermessensentscheid bezüglich Verteilung der Prozesskosten. 2.**

**Art. 107 Abs. 1 lit. e ZPO. Kosten- und Entschädigungsfolgen bei Gegenstandslosigkeit.** In Bezug auf die Klage gegen die Beklagte 1 ist von einer unnötigen Klageeinleitung auszugehen. Zudem sind der Klägerin die Kosten gestützt auf die langjährige Praxis des Handelsgerichts in Bezug auf Klagen gegen eine juristische Person, deren Konkursverfahren mangels Aktiven eingestellt wurde, aufzuerlegen (Erw. 7.1 ff.). In Bezug auf das gegen die Beklagte 2 gerichtete Ausweisungsbegehren gilt diese als mutmasslich unterliegende Partei, weshalb sie in dieser Hinsicht kosten- und entschädigungspflichtig wird (Erw. 8.1 ff.). **6.**

**Art. 108 ZPO. Kosten- und Entschädigungsfolgen bei Gegenstandslosigkeit.** In Bezug auf die Klage gegen die Beklagte 1 ist von einer unnötigen Klageeinleitung auszugehen. Zudem sind der Klägerin die Kosten gestützt auf die langjährige Praxis des Handelsgerichts in Bezug auf Klagen gegen eine juristische Person, deren Konkursverfahren mangels Aktiven eingestellt wurde, aufzuerlegen (Erw. 7.1 ff.). In Bezug auf das gegen die Beklagte 2 gerichtete Ausweisungsbegehren gilt diese als mutmasslich unterliegende Partei, weshalb sie in dieser Hinsicht kosten- und entschädigungspflichtig wird (Erw. 8.1 ff.). **6.**

**Art. 110 ZPO. Unzulässigkeit einer Kostenbeschwerde unter der Bedingung, dass das gleichzeitig gestellte Gesuch um unentgeltliche Rechtspflege gutgeheissen werde.** Rechtsmittel sind bedingungsfeindlich. Daher ist es nicht zulässig, eine Kostenbeschwerde unter der Bedingung zu erheben, dass das gleichzeitig gestellte Gesuch um unentgeltliche Rechtspflege gutgeheissen werde. **77.**

**Art. 112 ZPO. Erlass von Kosten unentgeltlich geführter Prozesse. Können Kosten einstweilen nicht eingefordert werden oder ist ein Anspruch des Staates sogar noch gar nicht entstanden, kommt ein Erlass grundsätzlich nicht infrage. 1.**

**Art. 112 ZPO. Erlass von Kosten. Fallgruppen.** Es werden nur Kosten erlassen, welche auch effektiv eingefordert werden könnten, und der Erlass darf nicht der Kor-

rektur eines Entscheides zur unentgeltlichen Rechtspflege dienen (Erw. 3.2). Einer Partei noch gar nicht auferlegte Kosten sind nicht «geschuldet» (Erw. 4). **71.**

**Art. 113 Abs. 1 ZPO. Was geschieht mit den Kosten- und Entschädigungsfolgen, wenn eine Klage – nach Ausstellung der Klagebewilligung, aber vor Einreichung der Klageschrift beim Gericht – gegenstandslos wird.** Die Kosten- und Entschädigungsfolgen können nicht später in einem separaten Forderungsprozess geltend gemacht werden. **67.**

**Art. 117 ff. ZPO. Unentgeltliche Rechtspflege und -verbeiständung im Vollstreckbarerklärungsverfahren nach Art. 38 ff. LugÜ.** Würde dem Antragsteller im Ursprungsstaat Prozesskostenhilfe oder Kostenbefreiung gewährt, darf seine Mittellosigkeit im Vollstreckbarerklärungsverfahren weder mit Bezug auf die Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege noch mit Bezug auf die Beigabe eines unentgeltlichen Rechtsbeistandes überprüft werden. Hingegen sind die weiteren Voraussetzungen für die Beigabe eines unentgeltlichen Rechtsbeistandes (fehlende Aussichtslosigkeit i.S.v. Art. 117 lit. b ZPO und Gebotenheit i.S.v. Art. 118 Abs. 1 lit. c ZPO) zu überprüfen. **27.**

**Art. 117 ff. ZPO. Gebühren für Akteneinsicht. Aufklärungspflicht des Betreibungsamts hinsichtlich des Anspruchs auf unentgeltliche Rechtspflege.** Jedenfalls ausserhalb eines pendenten Betreibungsverfahrens darf das Betreibungsamt für die Akteneinsicht auch vom Schuldner Gebühren erheben. Das Betreibungsamt trifft jedoch gegenüber dem nicht anwaltlich vertretenen Gesuchsteller eine Aufklärungspflicht hinsichtlich des Anspruchs auf unentgeltliche Rechtspflege. **66.**

**Art. 119 Abs. 5 ZPO. Unzulässigkeit einer Kostenbeschwerde unter der Bedingung, dass das gleichzeitig gestellte Gesuch um unentgeltliche Rechtspflege gutgeheissen werde.** Rechtsmittel sind bedingungsfeindlich. Daher ist es nicht zulässig, eine Kostenbeschwerde unter der Bedingung zu erheben, dass das gleichzeitig gestellte Gesuch um unentgeltliche Rechtspflege gutgeheissen werde. **77.**

**Art. 132 Abs. 2. ZPO. Stellungnahme zu Noven in einer für weitschweifig gehaltenen Dupliktschrift. Drohender, nicht leicht wiedergutzumachender Nachteil.** Es stellt keinen nicht leicht wiedergutzumachenden Nachteil im Sinne von Art. 319 lit. b Ziff. 2 ZPO dar, wenn sich eine Partei mit einer für weitschweifig gehaltenen Eingabe befassen und zu den darin enthaltenen Noven Stellung nehmen muss. **11.**

**Art. 135 ZPO. Verschiebungsgesuch.** Ein Verschiebungsgesuch kann abgewiesen werden, wenn eine Partei ungebührlich lange damit zuwartet. **18.**

**Art. 138 Abs. 3 lit. a ZPO. Dauer der Beschwerdefrist und Fristauslösung durch die Zustellfiktion bei Nichtabholen der eingeschriebenen Sendung. Voraussetzungen des Vertrauensschutzes bei falscher Rechtsmittelbelehrung.** Die Frist zur Erhebung der Beschwerde gegen eine prozessleitende Verfügung beträgt 10 Tage, auch wenn die Verfügung gleichzeitig mit einem Teilurteil ergeht und die erste Instanz zu beiden Entscheiden auf eine 30-tägige Rechtsmittelfrist hinweist. Die Frist läuft im Falle der Zustellfiktion nach Art. 138 Abs. 3 lit. a ZPO bei nicht abgeholter eingeschriebener Sendung ab dem Ablauf der postalischen Abholfrist. Weitere, von der ZPO nicht vorgesehene und nicht erlaubte eingeschriebene Zustellungen des Entscheids ändern daran nichts. Vorbehalten ist das Gebot von Treu und Glauben nach Art. 52 ZPO. Der Vertrauensschutz setzt voraus, dass der Fehler der ersten Instanz (die erneute Zustellung bzw. die falsche Rechtsmittelbelehrung) die Partei davon abhält, fristgerecht zu handeln. Das ist nicht der Fall, wenn die 10-tägige Rechtsmittelfrist (ab der Zustellfiktion berechnet) im Zeitpunkt der späteren, effektiven Zustellung des Entscheids mit der falschen Rechtsmittelbelehrung bereits verstrichen ist. **50.**

**Art. 148 ZPO. Wiederherstellung einer Frist.** Es kann kein leichtes Verschulden mehr angenommen werden, wenn aus der Begründung des Wiederherstellungsgesuches hervorgeht, dass die Mangelbehebung nicht ernsthaft angestrebt wird. **9.**

**Art. 148 ZPO. Wiederherstellung versäumter Fristen.** Der Entscheid des Einzelgerichts im summarischen Verfahren über den Rechtsvorschlag nach Art. 265a Abs. 1 SchKG ist mit Beschwerde nach Art. 319 ff. ZPO anfechtbar, wenn das Rechtsmittel mit Verfahrensmängeln begründet wird. Die Wiederherstellung von Fristen im Verfahren des Einzelgerichts richtet sich nach den Bestimmungen der Zivilprozessordnung. **36.**

**Art. 151 ZPO. Offenkundige Tatsachen.** Die SIA-Norm 118 («Allgemeine Bedingungen für Bauarbeiten») ist eine offenkundige Tatsache im Sinne von Art. 151 ZPO. Ihr Wortlaut muss weder behauptet noch bewiesen werden (Erw. 5). **33.**

**Art. 154 ZPO. Anforderungen an die Beweisverfügung. Rechtsmittelvoraussetzung des nicht leicht wiedergutzumachenden Nachteils.** Beweisanordnungen fügen einer Partei nur ausnahmsweise einen nicht leicht wiedergutzumachenden Nachteil nach Art. 319 lit. b Ziff. 2 ZPO zu. Das kann bei der Anordnung der Herausgabe von Urkunden der Fall sein, wenn es um geheime Informationen geht. Die Beweisverfügung hat die zugelassenen Beweismittel zu bezeichnen und hat zu bestimmen, welcher Partei zu welchen Tatsachen der Haupt- und Gegenbeweis obliegt. Das gilt auch dann, wenn das Gericht einstweilen nur einzelne Beweise erheben will. **41.**

**Art. 158 ZPO. Vorsorgliche Beweisführung.** Wurden schon viele einschlägige Gutachten erstellt, von welchen einige durch beide Parteien anerkannt worden sind, fehlt das allgemeine Rechtsschutzinteresse für eine vorsorgliche Beweisführung (Erw. 9.1-9.5). **76.**

**Art. 160 Abs. 1 lit. b ZPO. Edition von Urkunden. Anforderungen an die Beweisverfügung. Rechtsmittelvoraussetzung des nicht leicht wiedergutzumachenden Nachteils.** Beweisanordnungen fügen einer Partei nur ausnahmsweise einen nicht leicht wiedergutzumachenden Nachteil nach Art. 319 lit. b Ziff. 2 ZPO zu. Das kann bei der Anordnung der Herausgabe von Urkunden der Fall sein, wenn es um geheime Informationen geht. Die Beweisverfügung hat die zugelassenen Beweismittel zu bezeichnen und hat zu bestimmen, welcher Partei zu welchen Tatsachen der Haupt- und Gegenbeweis obliegt. Das gilt auch dann, wenn das Gericht einstweilen nur einzelne Beweise erheben will. **41.**

**Art. 178 ZPO. Anwendbarkeit der ZPO im Exequaturverfahren gemäss LugÜ. Beweislastverteilung im Zusammenhang mit einer behaupteten Urkundenfälschung.** Das LugÜ regelt das Exequaturverfahren nicht abschliessend, weshalb das Recht des Vollstreckungsstaates – in der Schweiz also die ZPO – zur Ergänzung bzw. Konkretisierung heranzuziehen ist (Erw. II.1). Wenn begründete Zweifel an der Echtheit einer Urkunde bestehen, hat diejenige Partei deren Echtheit zu beweisen, die sich auf die in Frage stehende Urkunde beruft – d.h. mit ihr nach den Regeln über die Beweislast den Beweis führt. Will eine Partei anhand einer Urkunde ein rechtsmissbräuchliches Verhalten der Gegenpartei nachweisen, so trägt sie die Beweislast für die Echtheit der entsprechenden Urkunde (Erw. III.C.4.1-4.3). **19.**

**Art. 189 ZPO. Vorsorgliche Beweisführung. Prüfung des Werkes durch Sachverständigen. Rechtsschutzinteresse. Rechtliches Gehör und Novenrecht. Streitwert. Parteientschädigung.** Wurden schon viele einschlägige Gutachten erstellt, von welchen einige durch beide Parteien anerkannt worden sind, fehlt das allgemeine Rechtsschutzinteresse für eine vorsorgliche Beweisführung (Erw. 9.1-9.5). Die Prüfung des Werkes

nach Art. 367 Abs. 2 OR ist im nicht streitigen Verfahren anzubeglehen (Erw. 9.6.1). Das grundsätzlich legitime Argument des dringlichen Sanierungsbedarfes ist nach Jahr und Tag sowie umfangreichen Abklärungen nicht zu hören (Erw. 9.6.2). Diskussion über Vereinbarung betreffend eines Schiedsgutachtens und dessen Bindungswirkung (Erw. 9.7). Der Anspruch auf rechtliches Gehör entbindet nicht von der Obliegenheit, das Einführen von Noven zu begründen (Erw. 5 f., Erw. 7). Streitwert bei Verfahren mit begrenzter Wirkung (Erw. 11). Unnötig breite Parteivorbringen sind nicht zu entschädigen (Erw. 11). **76.**

## **2. Besondere Bestimmungen**

### **a. Besondere Bestimmungen: Schlichtungsversuch**

**Art. 200 Abs. 1 ZPO. Die sachliche Zuständigkeit des Mietgerichts folgt nicht aus Art. 200 Abs. 1 ZPO, sondern ergibt sich aus den § 21 Abs. 1 lit. a und § 26 GOG.** Sie umfasst nicht alle Streitigkeiten aus Miete oder Pacht unbeweglicher Sachen, sondern lediglich alle Streitigkeiten über Miet- und Pachtverträge bzw. aus Miet- und Pachtverträgen, deren vertragsgemässer Gebrauch eines Raumes im Wohnen oder Geschäften i.S. des OR liegt und auf die daher die Bestimmungen über die Wohn- und Geschäftsraummiete bzw. -pacht des OR Anwendung finden. Ob sich ein solcher Raum in einer unbeweglichen oder beweglichen Sache befindet, spielt dabei keine Rolle. Für alle übrigen Streitigkeiten aus der Miete und Pacht auch unbeweglicher Sachen sind (vorbehältlich § 21 Abs. 1 lit. b GOG) grundsätzlich die ordentlichen Gerichte zuständig. **54.**

**Art. 207 Abs. 2 ZPO. Was geschieht mit den Kosten- und Entschädigungsfolgen, wenn eine Klage – nach Ausstellung der Klagebewilligung, aber vor Einreichung der Klageschrift beim Gericht – gegenstandslos wird.** Die Kosten- und Entschädigungsfolgen können nicht später in einem separaten Forderungsprozess geltend gemacht werden. **67.**

### **b. Besondere Bestimmungen: Ordentliches Verfahren**

**Art. 221 Abs. 1 lit. d ZPO. Vorläufige Eintragung eines Bauhandwerkerpfandrechts. Anforderung an die Behauptung und Substanziierung von Arbeiten zur Wahrung der gesetzlichen Viermonatsfrist.** Die Anforderungen an die Glaubhaftmachung im Rahmen des Verfahrens um vorläufige Eintragung eines Bauhandwerkerpfandrechts sind zwar gering. Das tiefe Beweismass ändert aber nichts an der Behauptungs- und Substanziierungslast der gesuchstellenden Partei. Dieser ist nur dann Genüge getan, wenn die von der gesuchstellenden Partei vorgetragene(n) Tatsachen – falls wahr – den Schluss zulassen, der superprovisorische Eintrag des Pfandrechts sei spätestens vier Monate nach der Vollendung der wesentlichen Arbeiten erfolgt. Die gesuchstellende Partei hat die Arbeiten deshalb zeitlich und inhaltlich so genau zu umschreiben, dass ausgeschlossen werden kann, dass in der Viermonatsfrist nur noch (unentgeltlich zu erbringende) Nachbesserungsarbeiten ausgeführt worden waren oder andere Arbeiten, die nicht als Abschlussarbeiten im Sinne der Rechtsprechung gelten. **37.**

**Art. 227 ZPO. (Un-)Zulässigkeit einer mit einer «beliebigen» Eingabe eingebrachten Klageänderung.** An der mit Beschluss des Handelsgerichts des Kantons Zürich vom 12. September 2012 begründeten und publizierten Rechtsprechung ZR 111 (2012) Nr. 86 wird nicht weiter festgehalten. Sie wird wie folgt geändert: Die Möglichkeit zur Vornahme einer Klageänderung nach Art. 227 ZPO ist einzig auf die gesetzlich vorgesehenen Verfahrensschritte beschränkt; eine Klageänderung mittels beliebiger Eingabe und zu einem beliebigen Zeitpunkt ist nicht zulässig. **52.**

**Art. 227 Abs. 1 ZPO. Prozessuale Zulässigkeit und Voraussetzungen einer Klageänderung vor der Hauptverhandlung (Erw. III.C). Genügende Konnexität zwischen bereits früher übermittelten Personendaten an die USA und geplanten zukünftigen Datenlieferungen durch die Arbeitgeberin (Erw. III.D).** Wird im Rahmen einer Klageänderung den bisherigen Anträgen ein zusätzliches Hauptbegehren beigelegt, das aus einem anderen Klagefundament hergeleitet wird, liegt zugleich eine nachträgliche objektive Klagenhäufung im Sinne von Art. 90 ZPO vor (Erw. III.B.1). Eine Klageänderung nach Art. 227 ZPO ist nicht nur dann zulässig, wenn sich neue Tatsachen ereignet haben bzw. wenn sich der Sachverhalt weiterentwickelt hat. Sie kann auch dazu dienen, im Verlaufe des Verfahrens gewonnene Erkenntnisse und bessere Einsichten in das Streitverhältnis auszuwerten (Erw. III.C.1 und C.4). Ein sachlicher Zusammenhang im Sinne von Art. 227 Abs. 1 lit. a ZPO liegt dann vor, wenn die verschiedenen Ansprüche über objektive Gemeinsamkeiten oder zumindest Ähnlichkeiten verfügen, dasselbe Objekt betreffen oder die Ansprüche zwar auf verschiedenen Sachverhalten beruhen, aber in einer engen rechtlichen Beziehung zueinander stehen (Erw. III.D.3.1). In casu liegt eine genügende Konnexität zwischen den bereits früher übermittelten Personendaten an die USA und den geplanten zukünftigen Datenlieferungen an das «Department of Justice» (DoJ) vor (Erw. III.D.3.4). **23.**

**Art. 229 Abs. 1 ZPO. Novenrecht im summarischen Verfahren.** Im summarischen Verfahren findet in der Regel nur ein Schriftenwechsel statt. Das gilt auch im Verfahren über den nachträglichen Rechtsvorschlag nach Art. 77 SchKG. Die Einreden gegen den neuen Gläubiger sind im Gesuch glaubhaft zu machen. Danach sind neue Tatsachenvorbringen und neue Beweismittel nur noch unter den Voraussetzungen von Art. 229 Abs. 1 ZPO zulässig. Eine Verhandlung ist gesetzlich nicht vorgeschrieben. **49.**

**Art. 229 Abs. 1 ZPO i.V.m. Art. 219 und Art. 243 ff. ZPO. Novenrecht im vereinfachten Verfahren.** Im vereinfachten Verfahren gelten die Regeln des ordentlichen Verfahrens über den Aktenschluss und das Novenrecht analog. **18.**

**Art. 229 Abs. 1 lit. b ZPO. Vorläufige Eintragung eines Bauhandwerkerpfandrechts. Anforderungen an die Glaubhaftmachung von Vollendungsarbeiten zur Wahrung der gesetzlichen Viermonatsfrist. Anzahl der freien Vorträge.** Das herabgesetzte Beweismass der Glaubhaftmachung ändert nichts an der Behauptungs- und Substanziierungslast des Geschüsters. Dieser muss in seinem Gesuch mit substanziierten Behauptungen seinen Anspruch auf ein Pfandrecht und dessen Dringlichkeit begründen. Unter anderem hat er die Arbeiten zeitlich und inhaltlich so genau zu umschreiben, dass beurteilt werden kann, ob es sich dabei um Vollendungsarbeiten im Sinne des Gesetzes oder um andere, nicht fristauslösende Verrichtungen handelt. – Im summarischen Verfahren gibt es nach den ersten Parteivorträgen keine weiteren freien Vorträge mehr. Für eine Differenzierung danach, ob ein definitiver Rechtsverlust droht oder nicht, gibt das Gesetz keine Handhabe. **38.**

**Art. 235 Abs. 2 letzter Satz ZPO. Einsicht in die Tonbandaufnahme der Hauptverhandlung.** Die Tonbandaufnahme der Hauptverhandlung ist unabhängig vom Einverständnis der betroffenen Personen zulässig. Die Einsichtnahme in die Tonaufnahme setzt ein rechtliches Interesse voraus. **18.**

**Art. 239 Abs. 1 ZPO. Verteilung der Mehrkosten für die schriftliche Begründung des Entscheides.** Verlangt eine Partei innert zehn Tagen die schriftliche Begründung eines unbegründet eröffneten erstinstanzlichen Entscheides (Art. 239 Abs. 1 und 2 ZPO), darf ihr daraus kein Nachteil erwachsen, indem ihr die Kosten für die Entscheidbegründung auferlegt werden. § 10 Abs. 2 GebV OG ändert nichts daran, dass

sich die Verteilung der Prozesskosten nach den bundesrechtlichen Vorschriften in Art. 106 Abs. 1 und 2 ZPO richtet, mithin die gesamten Kosten des erstinstanzlichen Verfahrens (inkl. die Kosten der schriftlichen Begründung) den Parteien entsprechend dem Verfahrensausgang aufzuerlegen sind (Erw. III.G.3.1). **57.**

**Art. 239 Abs. 2 ZPO. Verteilung der Mehrkosten für die schriftliche Begründung des Entscheides.** Verlangt eine Partei innert zehn Tagen die schriftliche Begründung eines unbegründet eröffneten erstinstanzlichen Entscheides (Art. 239 Abs. 1 und 2 ZPO), darf ihr daraus kein Nachteil erwachsen, indem ihr die Kosten für die Entscheidungsbegründung auferlegt werden. § 10 Abs. 2 GebV OG ändert nichts daran, dass sich die Verteilung der Prozesskosten nach den bundesrechtlichen Vorschriften in Art. 106 Abs. 1 und 2 ZPO richtet, mithin die gesamten Kosten des erstinstanzlichen Verfahrens (inkl. die Kosten der schriftlichen Begründung) den Parteien entsprechend dem Verfahrensausgang aufzuerlegen sind (Erw. III.G.3.1). **57.**

**Art. 242 ZPO. Kosten- und Entschädigungsfolgen bei Gegenstandslosigkeit.** Das Ausweisungsverfahren ist zufolge Gegenstandslosigkeit abzuschreiben, einerseits wegen der endgültigen bzw. rechtskräftigen Einstellung des Konkursverfahrens mangels Aktiven gegen die Hauptmieterin bzw. Beklagte 1 (Erw. 7.1, Erw. 7.4) und andererseits wegen des Auszugs der Untermieterin bzw. der Beklagten 2 aus dem Mietobjekt (Erw. 8.1). Der Sachverhalt ist liquide, und die Rechtslage ist klar, in erster Linie, da sich die Einwendungen der Beklagten 2 als unsubstanziert bzw. nicht schlüssig erweisen (Erw. 4 f.). **6.**

### **c. Besondere Bestimmungen: Summarisches Verfahren**

**Art. 250 lit. c Ziff. 6 ZPO. Fehlen einer Vertretung mit Wohnsitz in der Schweiz bei der Zweigniederlassung einer bulgarischen Einzelfirma.** Für Organisationsmängel bei Zweigniederlassungen ausländischer Einzelfirmen ist das Einzelgericht des Handelsgerichtes sachlich nicht zuständig. **75.**

**Art. 252 f. ZPO. Anzahl Parteivorträge im summarischen Verfahren im Allgemeinen und im Rechtsöffnungsverfahren im Besonderen.** Im summarischen Verfahren haben die Parteien grundsätzlich je nur einen freien Parteivortrag; dies unabhängig davon, ob das Verfahren mündlich oder schriftlich geführt wird. Ausnahmen sind etwa denkbar bei unerwarteten Einwendungen, bei Einreden im technischen Sinne oder wenn es das Gericht unterlassen hatte, gerichtlich nachzufragen. Dies hat im Rechtsöffnungsverfahren umso mehr zu gelten, als hier mit Art. 84 Abs. 2 SchKG eine Spezialregelung besteht, deren Formulierung keinen Raum für weitere freie Parteivorträge lässt. Vorbehalten bleibt jedoch stets das ewige Replikrecht. In dessen Rahmen sind aber neue Vorbringen nicht mehr zulässig, insbesondere keine solchen, die dazu dienen, das ursprüngliche Gesuch oder die Stellungnahme dazu zu verbessern (Erw. 2). Erhebt die Gesuchsgegnerin in der Stellungnahme zum Gesuch die Einrede des nicht erfüllten Vertrages, darf sich die Gesuchstellerin hierzu dann noch äussern, wenn ihr dieser Einwand nicht bereits vorprozessual bekannt gewesen war. Die Möglichkeit, noch zu einem Punkt Stellung zu nehmen, gibt ihr aber nicht das Recht, ihr Gesuch auf eine neue Grundlage abzustützen (Erw. 3). **59.**

**Art. 253 ZPO. Vorläufige Eintragung eines Bauhandwerkerpfandrechts. Anforderungen an die Glaubhaftmachung von Vollendungsarbeiten zur Wahrung der gesetzlichen Viermonatsfrist. Anzahl der freien Vorträge.** Das herabgesetzte Beweismass der Glaubhaftmachung ändert nichts an der Behauptungs- und Substanziierungslast des Gesuchstellers. Dieser muss in seinem Gesuch mit substanziierten Behauptungen sei-

nen Anspruch auf ein Pfandrecht und dessen Dringlichkeit begründen. Unter anderem hat er die Arbeiten zeitlich und inhaltlich so genau zu umschreiben, dass beurteilt werden kann, ob es sich dabei um Vollendungsarbeiten im Sinne des Gesetzes oder um andere, nicht fristauslösende Verrichtungen handelt. – Im summarischen Verfahren gibt es nach den ersten Parteivorträgen keine weiteren freien Vorträge mehr. Für eine Differenzierung danach, ob ein definitiver Rechtsverlust droht oder nicht, gibt das Gesetz keine Handhabe. **38.**

**Art. 253 ZPO. Novenrecht im summarischen Verfahren.** Im summarischen Verfahren findet in der Regel nur ein Schriftenwechsel statt. Das gilt auch im Verfahren über den nachträglichen Rechtsvorschlag nach Art. 77 SchKG. Die Einreden gegen den neuen Gläubiger sind im Gesuch glaubhaft zu machen. Danach sind neue Tatsachenvorbringen und neue Beweismittel nur noch unter den Voraussetzungen von Art. 229 Abs. 1 ZPO zulässig. Eine Verhandlung ist gesetzlich nicht vorgeschrieben. **49.**

**Art. 257 ZPO. Rechtsschutz in klaren Fällen. Mieterausweisung nach einer ausserordentlichen Kündigung wegen Zahlungsverzugs.** Anforderung an das Vorliegen eines klaren Falls nach Art. 257 ZPO: Die Mahnung mit Zahlungsaufforderung nach Art. 257d OR hat den ausstehenden Betrag bestimmt und nachvollziehbar darzustellen. Das bedingt, dass die Zusammensetzung eines unter dem Titel «offene Mietzinsen» genannten Betrags nachvollziehbar ist. Wenn die neue Vermieterpartei nach einem Eigentümerwechsel den Mietzins zunächst in einer nichtigen einseitigen Vertragsanpassung erhöhte und die Parteien kurz darauf – in Unkenntnis der Nichtigkeit – einen neuen Mietvertrag mit angepasstem Mietzins (und keinen weiteren Änderungen abgesehen vom Nachführen des Eigentümerwechsels) unterzeichnen, genügt das den Anforderungen an eine konsensuale Mietzinserhöhung nicht. Der Saldo einer Nebenkostenabrechnung wird nicht fällig, wenn die Mieterpartei keine detaillierte Nebenkostenabrechnung erhalten hat. **45.**

**Art. 257 Abs. 1 ZPO. Rechtsschutz in klaren Fällen.** Das Ausweisungsverfahren ist zufolge Gegenstandslosigkeit abzuschreiben, einerseits wegen der endgültigen bzw. rechtskräftigen Einstellung des Konkursverfahrens mangels Aktiven gegen die Hauptmieterin bzw. Beklagte 1 (Erw. 7.1, Erw. 7.4) und andererseits wegen des Auszugs der Untermieterin bzw. der Beklagten 2 aus dem Mietobjekt (Erw. 8.1). Der Sachverhalt ist liquide, und die Rechtslage ist klar, in erster Linie, da sich die Einwendungen der Beklagten 2 als unsubstanziert bzw. nicht schlüssig erweisen (Erw. 4 f.). **6.**

**Art. 261 ff. ZPO. Persönlichkeitsverletzung einer juristischen Person durch Internetzeitung.** Wer in einer Internetzeitung behauptet, eine Bank befände sich in einer dramatischen Notlage, verletzt deren Persönlichkeit. Sofern keine Belege für die seitens der Bank bestrittene Behauptung vorgelegt werden, ist die Anordnung vorsorglicher Massnahmen (Beseitigung, Verbot) notwendig und verhältnismässig. **14.**

**Art. 261 ff. ZPO. Vorsorgliche Massnahmen. Design. Kugelschreiber (Werbeartikel). Eigenart. Lauterkeitsrechtliche Verwechslungsgefahr.** Verneinung der Eigenart (Erw. 7). Verneinung der Kennzeichnungskraft und damit der Verwechslungsgefahr (Erw. 8). Verneinung eines sonstigen unlauteren Verhaltens (Erw. 8). **17.**

**Art. 261 ff. ZPO. Vorsorgliches Verbot einer konkurrenzierenden Tätigkeit.** Es ist Zurückhaltung geboten, wenn es darum geht, einen erst glaubhaft gemachten Anspruch vorläufig zu vollstrecken; dies besonders dann, wenn die Massnahme die Rechtsstellung der gesuchsgegnerischen Partei in besonders schwerwiegender Weise beeinträchtigt (Erw. 3.4). **61.**

**Art. 261 ff. ZPO. Vorsorgliche Massnahme.** Erscheint glaubhaft gemacht, dass die Liquidation mit der Verteilung ohne Hinterlegung oder Sicherstellung bezüglich einer

bestrittenen Forderung droht, kann eine vorsorgliche Massnahme ergehen (Erw. 4.2-4.6). Gläubigerschutz bei der Kapitalherabsetzung (Erw. 4.7-4.8). Keine Fristansetzung (Erw. 4.9.2). **73.**

**Art. 261 Abs. 1 ZPO. Vorsorgliche Massnahmen im Rahmen eines Hauptverfahrens. Erfüllung bzw. strittige Beendigung eines Lizenzvertrages. Ungenügende Bestimmtheit der Rechtsbegehren.** Im Massnahmeverfahren zwischen denselben Parteien wurden mit Urteil vom 15. September 2015 gegenüber der Beklagten vorsorgliche Verbote ausgesprochen, welche im Zusammenhang mit dem zwischen den Parteien am 4. Dezember 2013 abgeschlossenen Lizenzvertrag stehen (HE150183; vgl. ZR 115 [2016] Nr. 16). Innert der Prosequierungsfrist erhob die Klägerin die vorliegende Klage und stellte gestützt auf den genannten Lizenzvertrag u.a. weitere Begehren um Erlass vorsorglicher Massnahmen (Zusammenfassung der umfangreichen Rechtsbegehren Ziffern 1-10 vgl. Erw. 5.3.2 f. und Erw. 6.3 ff.). In Bezug auf Rechtsbegehren Ziffer 1 liegt zumindest eine teilweise Überschneidung mit den bereits mit Urteil vom 15. September 2015 angeordneten vorsorglichen Massnahmen vor, weshalb es der Klägerin insoweit an einem schutzwürdigen Interesse fehlt (Erw. 5.3.2). Zudem erweisen sich die Rechtsbegehren Ziffern 1 ff. als zu unbestimmt, um zum Urteilsdispositiv erhoben bzw. ohne weitere Verdeutlichung vollstreckt werden zu können (Erw. 6.3 ff.). Abgesehen davon hat die Klägerin den Verfügungsanspruch hinsichtlich des in Rechtsbegehren Ziff. 2 ff. beantragten Know-how-Transfers nicht glaubhaft dargetan (Erw. 7.4). Soweit auf die Begehren um Erlass vorsorglicher Massnahmen einzutreten ist, sind diese abzuweisen (Erw. 8). **3.**

**Art. 266 ZPO. Vorsorgliche Massnahmen gegen Medien. Beweismass. Beweislast. Bejahung einer Persönlichkeitsverletzung, wenn beim Durchschnittsleser der Eindruck erweckt wird, gegen die Klägerinnen laufe in den USA ein in Tat und Wahrheit gar nicht bestehendes Strafverfahren. Möglichkeit der Verpflichtung der Beklagten (Medienunternehmen) zur Abgabe einer Willenserklärung gegenüber einer Suchmaschine auf Löschung aus deren Datenspeichern.** Auch bei vorsorglichen Massnahmen gegen Medien genügt nach bisheriger Praxis – in Abkehr der bundesgerichtlichen Rechtsprechung – das Beweismass des Glaubhaftmachens (Erw. 4.2). Für das Vorliegen eines Verfügungsanspruchs und eines besonders schweren Nachteils sind die Klägerinnen beweisbelastet. Die Beklagte (Medienunternehmen) hat das offensichtliche Fehlen von Rechtfertigungsgründen darzutun (Erw. 4.3). Bejahung einer Persönlichkeitsverletzung, wenn beim Durchschnittsleser der Eindruck erweckt wird, gegen die Klägerinnen laufe in den USA ein in Tat und Wahrheit gar nicht bestehendes Strafverfahren (Erw. 5.). Möglichkeit der Verpflichtung der Beklagten (Medienunternehmen) zur Abgabe einer Willenserklärung gegenüber einer Suchmaschine auf Löschung aus deren Datenspeichern. (Erw. 10.). Teilweise Klageguthessung (Erw. 11.). **69.**

#### **d. Besondere Bestimmungen: Besondere eherechtliche Verfahren**

**Art. 270 ZPO. Schutzschrift eines Dritten. Eine Partei, welche im erwarteten Verfahren als Nebenintervenientin teilnehmen will, kann vor der Rechtshängigkeit jenes Verfahrens keine Schutzschrift einreichen.** Die Berufungsklägerin hat gegen zwei natürliche Personen Arreste erwirkt. Sie befürchtet, dass eine Bank für behauptete Ansprüche gegen diese Personen ebenfalls einen Arrest oder eine andere vorsorgliche Massnahme erwirken könnte und dass damit die nämlichen Werte betroffen würden, welche bereits mit Arrest belegt sind. Um das zu verhindern, reicht sie eine Schutzschrift ein, mit welcher sie die Glaubhaftigkeit der von der Bank geltend gemachten Forderung zu erschüttern sucht. Das Einzelgericht hat die Schutzschrift zurückgewiesen, und das ficht die Berufungsklägerin an. **74.**

**Art. 273 Abs. 3 ZPO.** Gerichtlicher Einigungsversuch im Eheschutzverfahren (Erw. III.3.2). **63.**

#### **e. Besondere Bestimmungen: Kinderbelange in familienrechtlichen Angelegenheiten**

**Art. 296 Abs. 1 ZPO.** Uneingeschränkte Untersuchungsmaxime im Bereich der Kinderbelange in familienrechtlichen Angelegenheiten (Erw. III.2.4). **63.**

**Art. 297 ZPO.** Obligatorium der Anhörung der Parteien zu den Kinderbelangen in eherechtlichen Verfahren (Erw. III.2.3). **63.**

#### **f. Besondere Bestimmungen: Rechtsmittel**

**Art. 309 lit. b ZPO. Rechtsmittel gegen den Nichteintretensentscheid im summarischen Verfahren. Wiederherstellung versäumter Fristen.** Der Entscheid des Einzelgerichts im summarischen Verfahren über den Rechtsvorschlag nach Art. 265a Abs. 1 SchKG ist mit Beschwerde nach Art. 319 ff. ZPO anfechtbar, wenn das Rechtsmittel mit Verfahrensmängeln begründet wird. Die Wiederherstellung von Fristen im Verfahren des Einzelgerichts richtet sich nach den Bestimmungen der Zivilprozessordnung. **36.**

**Art. 319 lit. b Ziff. 2 ZPO. Stellungnahme zu Noven in einer für weitschweifig gehaltenen Duplikschrift. Drohender, nicht leicht wiedergutzumachender Nachteil.** Es stellt keinen nicht leicht wiedergutzumachenden Nachteil im Sinne von Art. 319 lit. b Ziff. 2 ZPO dar, wenn sich eine Partei mit einer für weitschweifig gehaltenen Eingabe befassen und zu den darin enthaltenen Noven Stellung nehmen muss. **11.**

**Art. 319 lit. b Ziff. 2 ZPO. Edition von Urkunden. Anforderungen an die Beweisverfügung. Rechtsmittelvoraussetzung des nicht leicht wiedergutzumachenden Nachteils.** Beweisanordnungen fügen einer Partei nur ausnahmsweise einen nicht leicht wiedergutzumachenden Nachteil nach Art. 319 lit. b Ziff. 2 ZPO zu. Das kann bei der Anordnung der Herausgabe von Urkunden der Fall sein, wenn es um geheime Informationen geht. Die Beweisverfügung hat die zugelassenen Beweismittel zu bezeichnen und hat zu bestimmen, welcher Partei zu welchen Tatsachen der Haupt- und Gegenbeweis obliegt. Das gilt auch dann, wenn das Gericht einstweilen nur einzelne Beweise erheben will. **41.**

**Art. 321 Abs. 1-2 ZPO. Dauer der Beschwerdefrist und Fristauslösung durch die Zustellfiktion bei Nichtabholen der eingeschriebenen Sendung. Voraussetzungen des Vertrauensschutzes bei falscher Rechtsmittelbelehrung.** Die Frist zur Erhebung der Beschwerde gegen eine prozessleitende Verfügung beträgt 10 Tage, auch wenn die Verfügung gleichzeitig mit einem Teilurteil ergeht und die erste Instanz zu beiden Entschieden auf eine 30-tägige Rechtsmittelfrist hinweist. Die Frist läuft im Falle der Zustellfiktion nach Art. 138 Abs. 3 lit. a ZPO bei nicht abgeholter eingeschriebener Sendung ab dem Ablauf der postalischen Abholfrist. Weitere, von der ZPO nicht vorgesehene und nicht erlaubte eingeschriebene Zustellungen des Entscheids ändern daran nichts. Vorbehalten ist das Gebot von Treu und Glauben nach Art. 52 ZPO. Der Vertrauensschutz setzt voraus, dass der Fehler der ersten Instanz (die erneute Zustellung bzw. die falsche Rechtsmittelbelehrung) die Partei davon abhält, fristgerecht zu handeln. Das ist nicht der Fall, wenn die 10-tägige Rechtsmittelfrist (ab der Zustellfiktion berechnet) im Zeitpunkt der späteren, effektiven Zustellung des Entscheids mit der falschen Rechtsmittelbelehrung bereits verstrichen ist. **50.**

## IX. ZIVILPROZESSORDNUNG (ZPO/ZH)

**§ 92 ZPO/ZH. Erlass von Kosten unentgeltlich geführter Prozesse. Können Kosten einstweilen nicht eingefordert werden oder ist ein Anspruch des Staates sogar noch gar nicht entstanden, kommt ein Erlass grundsätzlich nicht infrage. 1.**

## X. GESETZ ÜBER DIE RICHTS- UND BEHÖRDEN- ORGANISATION IM ZIVIL- UND STRAFPROZESS (GOG)

**§ 21 Abs. 1 lit. a GOG. Die sachliche Zuständigkeit des Mietgerichts folgt nicht aus Art. 200 Abs. 1 ZPO, sondern ergibt sich aus den 21 Abs. 1 lit. a und § 26 GOG.** Sie umfasst nicht alle Streitigkeiten aus Miete oder Pacht unbeweglicher Sachen, sondern lediglich alle Streitigkeiten über Miet- und Pachtverträge bzw. aus Miet- und Pachtverträgen, deren vertragsgemässer Gebrauch eines Raumes im Wohnen oder Geschäften i.S. des OR liegt und auf die daher die Bestimmungen über die Wohn- und Geschäftsraummieta bzw. -pacht des OR Anwendung finden. Ob sich ein solcher Raum in einer unbeweglichen oder beweglichen Sache befindet, spielt dabei keine Rolle. Für alle übrigen Streitigkeiten aus der Miete und Pacht auch unbeweglicher Sachen sind (vorbehältlich § 21 Abs. 1 lit. b GOG) grundsätzlich die ordentlichen Gerichte zuständig. **54.**

**§ 26 GOG. Die sachliche Zuständigkeit des Mietgerichts folgt nicht aus Art. 200 Abs. 1 ZPO, sondern ergibt sich aus den § 21 Abs. 1 lit. a und § 26 GOG.** Sie umfasst nicht alle Streitigkeiten aus Miete oder Pacht unbeweglicher Sachen, sondern lediglich alle Streitigkeiten über Miet- und Pachtverträge bzw. aus Miet- und Pachtverträgen, deren vertragsgemässer Gebrauch eines Raumes im Wohnen oder Geschäften i.S. des OR liegt und auf die daher die Bestimmungen über die Wohn- und Geschäftsraummieta bzw. -pacht des OR Anwendung finden. Ob sich ein solcher Raum in einer unbeweglichen oder beweglichen Sache befindet, spielt dabei keine Rolle. Für alle übrigen Streitigkeiten aus der Miete und Pacht auch unbeweglicher Sachen sind (vorbehältlich § 21 Abs. 1 lit. b GOG) grundsätzlich die ordentlichen Gerichte zuständig. **54.**

**§ 44 f. GOG. Keine gerichtsinterne Überweisung an einen anderen Spruchkörper.** Das Einzelgericht des Handelsgerichts und das Handelsgericht sind zwei verschiedene Gerichte mit unterschiedlichen Zuständigkeiten. Das angerufene, unzuständige Einzelgericht des Handelsgerichts leitet eine Eingabe nicht an das (möglicherweise) zuständige Kollegialgericht (Handelsgericht) weiter. Das Verfahren wird durch einen kostenpflichtigen Nichteintretensentscheid beendet. **51.**

**§ 45 lit. c GOG. Organisationsmangel. Fehlen einer Vertretung mit Wohnsitz in der Schweiz bei der Zweigniederlassung einer bulgarischen Einzelfirma.** Für Organisationsmängel bei Zweigniederlassungen ausländischer Einzelfirmen ist das Einzelgericht des Handelsgerichtes sachlich nicht zuständig. **75.**

**§ 66 GOG. Die sachliche Zuständigkeit des Mietgerichts folgt nicht aus Art. 200 Abs. 1 ZPO, sondern ergibt sich aus den § 21 Abs. 1 lit. a und § 26 GOG.** Sie umfasst nicht alle Streitigkeiten aus Miete oder Pacht unbeweglicher Sachen, sondern lediglich alle Streitigkeiten über Miet- und Pachtverträge bzw. aus Miet- und Pachtverträgen, deren vertragsgemässer Gebrauch eines Raumes im Wohnen oder Geschäften i.S. des OR liegt und auf die daher die Bestimmungen über die Wohn- und Geschäftsraummieta bzw. -pacht des OR Anwendung finden. Ob sich ein solcher Raum in einer unbeweglichen oder beweglichen Sache befindet, spielt dabei keine Rolle. Für alle übrige

gen Streitigkeiten aus der Miete und Pacht auch unbeweglicher Sachen sind (vorbehältlich § 21 Abs. 1 lit. b GOG) grundsätzlich die ordentlichen Gerichte zuständig. **54.**

**§ 127 lit. c GOG. Zuständigkeit zur Beurteilung von Ausstandsbegehren gegenüber Mitgliedern der unteren Aufsichtsbehörde über Schuldbetreibung und Konkurs.** Das SchKG regelt das Verfahren über Ausstandsgesuche gegenüber Mitgliedern der Aufsichtsbehörden nicht. Das massgebliche Recht des Kantons Zürich verweist auf die ZPO. Nach Art. 50 Abs. 1 ZPO i.V.m. § 127 lit. c GOG entscheidet daher die untere Aufsichtsbehörde über Ausstandsbegehren gegenüber ihren Mitgliedern. Dieser Entscheidung ist mit Beschwerde anfechtbar (Art. 50 Abs. 2 ZPO). **65.**

## XI. GEBÜHRENVERORDNUNG DES OBERGERICHTS (GEBV OG)

**§ 2 GebV OG. Erfordernis eines bezifferten Beschwerdeantrags zur Höhe der festzusetzenden Kosten. Überprüfung der erstinstanzlichen Entscheidgebühr.** Die Beschwerdeinstanz kann bei der Anfechtung eines Kostenentscheids neu über die Kostenhöhe entscheiden. Daher ist mit der Kostenbeschwerde ein bezifferter Antrag zur Höhe der Kosten zu stellen. **77.**

**§§ 4 ff. GebV OG. Erfordernis eines bezifferten Beschwerdeantrags zur Höhe der festzusetzenden Kosten. Überprüfung der erstinstanzlichen Entscheidgebühr.** Die Beschwerdeinstanz kann bei der Anfechtung eines Kostenentscheids neu über die Kostenhöhe entscheiden. Daher ist mit der Kostenbeschwerde ein bezifferter Antrag zur Höhe der Kosten zu stellen. **77.**

**§ 8 Abs. 4 GebV OG. Festsetzung der Entscheidgebühr.** Bei der Festsetzung der Entscheidgebühr im Rahmen von § 8 Abs. 4 GebV OG ist neben dem Streitwert auch dem Zeitaufwand des Gerichts und der Schwierigkeit des Falles Rechnung zu tragen. **58.**

**§ 10 Abs. 2 GebV OG. Verteilung der Mehrkosten für die schriftliche Begründung des Entscheides.** Verlangt eine Partei innert zehn Tagen die schriftliche Begründung eines unbegründet eröffneten erstinstanzlichen Entscheides (Art. 239 Abs. 1 und 2 ZPO), darf ihr daraus kein Nachteil erwachsen, indem ihr die Kosten für die Entscheidbegründung auferlegt werden. § 10 Abs. 2 GebV OG ändert nichts daran, dass sich die Verteilung der Prozesskosten nach den bundesrechtlichen Vorschriften in Art. 106 Abs. 1 und 2 ZPO richtet, mithin die gesamten Kosten des erstinstanzlichen Verfahrens (inkl. die Kosten der schriftlichen Begründung) den Parteien entsprechend dem Verfahrensausgang aufzuerlegen sind (Erw. III.G.3.1). **57.**

## XII. BUNDESGESETZ ÜBER SCHULDBETREIBUNG UND KONKURS (SCHKG)

### 1. Allgemeine Bestimmungen

**Art. 10 SchKG. Zuständigkeit zur Beurteilung von Ausstandsbegehren gegenüber Mitgliedern der unteren Aufsichtsbehörde über Schuldbetreibung und Konkurs.** Das SchKG regelt das Verfahren über Ausstandsgesuche gegenüber Mitgliedern der Auf-

sichtsbehörden nicht. Das massgebliche Recht des Kantons Zürich verweist auf die ZPO. Nach Art. 50 Abs. 1 ZPO i.V.m. § 127 lit. c GOG entscheidet daher die untere Aufsichtsbehörde über Ausstandsbegehren gegenüber ihren Mitgliedern. Dieser Entscheid ist mit Beschwerde anfechtbar (Art. 50 Abs. 2 ZPO). **65.**

**Art. 17 SchKG. Gebühren für Akteneinsicht. Aufklärungspflicht des Betreibungsamts hinsichtlich des Anspruchs auf unentgeltliche Rechtspflege.** Jedenfalls ausserhalb eines pendenten Betreibungsverfahrens darf das Betreibungsamt für die Akteneinsicht auch vom Schuldner Gebühren erheben. Das Betreibungsamt trifft jedoch gegenüber dem nicht anwaltlich vertretenen Gesuchsteller eine Aufklärungspflicht hinsichtlich des Anspruchs auf unentgeltliche Rechtspflege. **66.**

**Art. 17 f. SchKG. Instanzenzug im Beschwerdeverfahren nach SchKG.** Eine «Sprungbeschwerde» in einer Betreibungssache, die direkt beim Obergericht als oberer kantonaler Aufsichtsbehörde erhoben wird, ist unzulässig. **68.**

**Art. 20a Abs. 3 SchKG. Zuständigkeit zur Beurteilung von Ausstandsbegehren gegenüber Mitgliedern der unteren Aufsichtsbehörde über Schuldbetreibung und Konkurs.** Das SchKG regelt das Verfahren über Ausstandsgesuche gegenüber Mitgliedern der Aufsichtsbehörden nicht. Das massgebliche Recht des Kantons Zürich verweist auf die ZPO. Nach Art. 50 Abs. 1 ZPO i.V.m. § 127 lit. c GOG entscheidet daher die untere Aufsichtsbehörde über Ausstandsbegehren gegenüber ihren Mitgliedern. Dieser Entscheid ist mit Beschwerde anfechtbar (Art. 50 Abs. 2 ZPO). **65.**

**Art. 32 Abs. 2 SchKG. Weiterleitung von Eingaben, die bei einer unzuständigen Behörde eingereicht werden.** Eine «Sprungbeschwerde» in einer Betreibungssache, die direkt beim Obergericht als oberer kantonaler Aufsichtsbehörde erhoben wird, ist unzulässig. Von einer Weiterleitung der Beschwerdeeingabe an die untere Aufsichtsbehörde wird abgesehen, wenn die Beschwerde führende Partei in Kenntnis der Zuständigkeitsordnung absichtlich an die falsche Instanz gelangt. **68.**

**Art. 33 Abs. 4 SchKG. Wiederherstellung versäumter Fristen.** Der Entscheid des Einzelgerichts im summarischen Verfahren über den Rechtsvorschlag nach Art. 265a Abs. 1 SchKG ist mit Beschwerde nach Art. 319 ff. ZPO anfechtbar, wenn das Rechtsmittel mit Verfahrensmängeln begründet wird. Die Wiederherstellung von Fristen im Verfahren des Einzelgerichts richtet sich nach den Bestimmungen der Zivilprozessordnung. **36.**

## 2. Schuldbetreibung

**Art. 68 SchKG. Rechtsöffnungsverfahren: Keine Nachfrist für Vorschuss der Spruchgebühr.** Verlangt das Gericht im Rechtsöffnungsverfahren einen Vorschuss für die Spruchgebühr, hat es die Säumnisfolge des Nichteintretens schon mit der ersten Verfügung anzudrohen. **39.**

**Art. 77 SchKG. Nachträglicher Rechtsvorschlag.** Im summarischen Verfahren findet in der Regel nur ein Schriftenwechsel statt. Das gilt auch im Verfahren über den nachträglichen Rechtsvorschlag nach Art. 77 SchKG. Die Einreden gegen den neuen Gläubiger sind im Gesuch glaubhaft zu machen. Danach sind neue Tatsachenvorbringen und neue Beweismittel nur noch unter den Voraussetzungen von Art. 229 Abs. 1 ZPO zulässig. Eine Verhandlung ist gesetzlich nicht vorgeschrieben. **49.**

**Art. 80 ff. SchKG. Keine Rechtsöffnung für Bruttolohn.** Hinsichtlich des Bruttolohns besteht eine Gläubigermehrheit. Im Umfang des Nettolohns ist der Arbeitnehmer Gläubiger, hinsichtlich der Abzüge sind es andere Gläubiger, beispielsweise die Ausgleichskasse, die Unfallversicherung und die Vorsorgeeinrichtung (Pensionskasse).

Diese können und müssen ihre Forderungen im eigenen Namen durchsetzen. Legt der Arbeitnehmer einen Titel vor, der nur den Bruttolohn ausweist, ist ihm die Rechtsöffnung zu verweigern. **28.**

**Art. 80 ff. SchKG. Keine Rechtsöffnung gestützt auf eine Scheidungskonvention mangels Leistungspflicht.** Eine Scheidungskonvention stellt keinen definitiven Rechtsöffnungstitel dar, wenn sie nur vorsieht, wer im Innenverhältnis welche Drittschulden zu begleichen hat, nicht aber jener Partei ein Rückgriffsrecht einräumt, die dem Drittgläubiger mehr bezahlt als im Innenverhältnis vorgesehen. Für eine provisorische Rechtsöffnung wäre der Vertrag mit dem Drittschuldner vorzulegen, der die Solidarschuld ausweist. Zudem müsste die eigene Mehrleistung durch Urkunden nachgewiesen sein. **29.**

**Art. 80 ff. SchKG. Keine Rechtsöffnung gestützt auf einen Verwaltungsentscheid, dessen Eröffnung nicht feststeht.** Definitive Rechtsöffnung ist gestützt auf einen Verwaltungsentscheid nur zu erteilen, wenn dessen Vollstreckbarkeit feststeht. Dies setzt voraus, dass er rechtskonform eröffnet worden ist. Eine Negativbescheinigung, wonach innert Frist kein Rechtsmittel erhoben worden ist, taugt zum Beweis nur, wenn gleichzeitig die Zustellung des Entscheides nachgewiesen wird. Eine gewöhnliche A-Post-Zustellung erbringt diesen Beweis nicht. **31.**

**Art. 80 ff. SchKG. Keine Rechtsöffnung gestützt auf eine Rechtskraftbescheinigung, die auf Annahmen statt auf Fakten basiert.** Der mit einer Rechtskraftbescheinigung versehene Leistungsentscheid einer Verwaltungsbehörde berechtigt grundsätzlich zur Rechtsöffnung. Zu verweigern ist die Rechtsöffnung aber, wenn sich aus den Akten ergibt, dass die Zustellung des Entscheids nur mit gewöhnlicher A-Post erfolgt war, mithin nicht nachgewiesen ist. **34.**

**Art. 82 SchKG. Keine provisorische Rechtsöffnung für eine dem Gesuchsteller nach Zustellung des Zahlungsbefehls rückwirkend auf die Zeit zuvor abgetretene Forderung.** Der Zessionar erwirbt die Forderung trotz Rückwirkungsklausel erst im Zeitpunkt der Zession (Erw. 2.3). Geht die Forderung erst nach der Zustellung des Zahlungsbefehls auf den Gläubiger über, ist sein Gesuch um Rechtsöffnung abzuweisen. Nichts daran ändert die bundesgerichtliche Rechtsprechung, wonach ein später erfolgter Forderungsübergang zu berücksichtigen ist. Diese Praxis bezieht sich nur auf das Erkenntnisverfahren der Aberkennung, nicht auf das vollstreckungsrechtliche Rechtsöffnungsverfahren (Erw. 2.4). **24.**

**Art. 82 SchKG. Provisorische Rechtsöffnung. Zeichnungsberechtigung bei juristischen Personen. Unterschriftliche Bestätigung mit Budgetdach. Werkvertrag: Einrede des nicht gehörig erfüllten Vertrages (Basler Rechtsöffnungspraxis).** Die Zeichnungsberechtigung einer für eine Gesellschaft unterzeichnenden Person muss weder behauptet noch belegt werden, wenn sie sich ohne Weiteres aus dem Handelsregister ergibt (Erw. 4.2). Eine Bestätigung von werkvertraglichen Leistungen stellt keine Schuldanerkennung dar, wenn sie keinen Mindestbetrag nennt, sondern nur eine Obergrenze («Budgetdach») (Erw. 4.3). Die sog. Basler Rechtsöffnungspraxis kommt auch bei Werkverträgen zum Zug. Verfassungsmässige Bedenken sind unbegründet (Erw. 5.3). Es gilt die uneingeschränkte Basler Rechtsöffnungspraxis, wonach der Schuldner die Einrede der mangelhaften Erfüllung nicht glaubhaft zu machen hat, sondern nur in nicht haltloser Weise behaupten muss (Erw. 5.4). **32.**

**Art. 84 SchKG. Rechtsöffnungsverfahren: Keine Nachfrist für Vorschuss der Spruchgebühr.** Verlangt das Gericht im Rechtsöffnungsverfahren einen Vorschuss für die

Spruchgebühr, hat es die Säumnisfolge des Nichteintretens schon mit der ersten Verfügung anzudrohen. **39.**

**Art. 84 Abs. 2 SchKG. Rechtsöffnung. Anzahl Parteivorträge im summarischen Verfahren im Allgemeinen und im Rechtsöffnungsverfahren im Besonderen.** Im summarischen Verfahren haben die Parteien grundsätzlich je nur einen freien Parteivortrag; dies unabhängig davon, ob das Verfahren mündlich oder schriftlich geführt wird. Ausnahmen sind etwa denkbar bei unerwarteten Einwendungen, bei Einreden im technischen Sinne oder wenn es das Gericht unterlassen hatte, gerichtlich nachzufragen. Dies hat im Rechtsöffnungsverfahren umso mehr zu gelten, als hier mit Art. 84 Abs. 2 SchKG eine Spezialregelung besteht, deren Formulierung keinen Raum für weitere freie Parteivorträge lässt. Vorbehalten bleibt jedoch stets das ewige Replikrecht. In dessen Rahmen sind aber neue Vorbringen nicht mehr zulässig, insbesondere keine solchen, die dazu dienen, das ursprüngliche Gesuch oder die Stellungnahme dazu zu verbessern (Erw. 2). Erhebt die Gesuchsgegnerin in der Stellungnahme zum Gesuch die Einrede des nicht erfüllten Vertrages, darf sich die Gesuchstellerin hierzu dann noch äussern, wenn ihr dieser Einwand nicht bereits vorprozessual bekannt gewesen war. Die Möglichkeit, noch zu einem Punkt Stellung zu nehmen, gibt ihr aber nicht das Recht, ihr Gesuch auf eine neue Grundlage abzustützen (Erw. 3). **59.**

### 3. Konkursverfahren

**Art. 265a Abs. 1 SchKG. Rechtsvorschlag wegen fehlenden neuen Vermögens. Rechtsmittel gegen den Nichteintretensentscheid im summarischen Verfahren.** Der Entscheid des Einzelgerichts im summarischen Verfahren über den Rechtsvorschlag nach Art. 265a Abs. 1 SchKG ist mit Beschwerde nach Art. 319 ff. ZPO anfechtbar, wenn das Rechtsmittel mit Verfahrensmängeln begründet wird. **36.**

### 4. Arrest

**Art. 272 Abs. 1 Ziff. 3 SchKG. Glaubhaftmachen von Arrestsubstrat.** Weil für den Arrest auch das Vorhandensein von Vermögenswerten glaubhaft zu machen ist, erübrigt sich der früher gängige Begriff des «Sucharrestes». Die ernsthafte Versicherung einer Person, sie habe von einem Vierten erfahren, der Schuldner habe Vermögenswerte auf einer bestimmten Bank, macht das nicht glaubhaft. **62.**

### 5. Anfechtung

**Art. 291 SchKG. Nach dieser Bestimmung umfasst ein und derselbe paulianische Rückerstattungsanspruch primär das Begehren auf Realerstattung und sekundär dasjenige auf Wertersatz. Es ist daher zulässig, für den Fall, dass eine Rückgabe in natura scheitert, ein Eventualbegehren auf Wertersatz und damit auf Geldzahlung zu stellen. 25.**

**Art. 265a Abs. 1 SchKG. «Kein Rechtsmittel zulässig».** Nicht nur die materielle Prüfung der Einrede des fehlenden neuen Vermögens ist der Anfechtung entzogen; auch andere (Vor-)Fragen, wie etwa, ob überhaupt ein Konkurs durchgeführt wurde, oder (falls das zutrifft) ob die betriebene Forderung der Einschränkung des «neuen Vermögens» unterliegt, können nicht mit Berufung/Beschwerde überprüft werden. **56.**

## XIII. GEBÜHRENVERORDNUNG ZUM BUNDESGESETZ ÜBER SCHULDBETREIBUNG UND KONKURS (GEBV SCHKG)

**Art. 12 GebV SchKG. Gebühren für Akteneinsicht. Aufklärungspflicht des Betreibungsamts hinsichtlich des Anspruchs auf unentgeltliche Rechtspflege.** Jedenfalls ausserhalb eines pendenten Betreibungsverfahrens darf das Betreibungsamt für die Akteneinsicht auch vom Schuldner Gebühren erheben. Das Betreibungsamt trifft jedoch gegenüber dem nicht anwaltlich vertretenen Gesuchsteller eine Aufklärungspflicht hinsichtlich des Anspruchs auf unentgeltliche Rechtspflege. **66.**

## B. STRAFRECHT

### I. SCHWEIZERISCHES STRAFGESETZBUCH (STGB)

#### 1. Allgemeine Bestimmungen

**Art. 55a StGB. Keine zweite Sistierung des Verfahrens.** Eine erneute Sistierung des Verfahrens i.S.v. Art. 55a StGB nach dem Widerruf der entsprechenden Zustimmung bzw. nach erfolgter Wiederanhandnahme ist nicht zulässig. **60.**

**Art. 55a Abs. 2 StGB.** Keine Beschwerde gemäss StPO bei einer Wiederanhandnahme des Verfahrens nach Art. 55a Abs. 2 StGB. **44.**

#### 2. Besondere Bestimmungen

##### a. Strafbare Handlungen gegen die Ehre und den Geheim- oder Privatbereich

**Art. 179<sup>quater</sup> StGB. Frage des Vorliegens eines strafrechtlich relevanten Verhaltens bei einer Observation einer versicherten Person (inklusive Videoaufnahmen) bei möglichem Versicherungsbetrug.** Werden von einer versicherten Person anlässlich einer Observation Videoaufnahmen beim Leeren des Briefkastens an der Strasse einige Meter vom Haus entfernt sowie beim Besuch einer öffentlichen Badeanstalt im Badeanzug erstellt, erfüllt dies nicht den Straftatbestand von Art. 179<sup>quater</sup> StGB. Besagte Tatsachen können nicht unter den Begriff der nicht jedermann ohne weiteres zugänglichen Tatsache aus dem Privatbereich subsumiert werden. **53.**

##### b. Verbrechen und Vergehen gegen die Freiheit

**Art. 181 StGB. Frage der Tatbestandserfüllung der Nötigung durch Druckausübung auf eine Arbeitnehmerin in betriebsinterner Untersuchung.** Tatbestand der Nötigung (Erw. II/6). Die einzelnen Tathandlungen sind unter Berücksichtigung der gesamten Umstände zu beurteilen (Erw. II/6.3). Rechtliche Vorgaben für betriebsinterne Untersuchungen bei Verdacht auf eine strafbare Handlung im Unternehmen (Erw. II/71). **78.**

##### c. Strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität

**Art. 194 Abs. 1 StGB. Auslegung objektiver und subjektiver Tatbestand.** Es kann beim Tatbestand des Exhibitionismus i.S.v. Art. 194 Abs. 1 StGB nicht ausschlaggebend sein, ob der eindeutig zur Schau gestellte, erigierte Penis teilweise oder vollständig – im Sinne von textilfrei – entblösst ist. Entsprechend müssen als «entblösst» sodann Geschlechtsorgane gelten, die lediglich durch freie Sicht gewährende Klei-

dungsstücke oder sonstige Materialien bedeckt sind (z.B. dünne und durchsichtige Strumpfhosen, durchsichtige Folien oder dergleichen). **46.**

#### **d. Verbrechen und Vergehen gegen die Familie**

**Art. 220 aStGB. Art. 220 StGB. Entziehen von Minderjährigen durch den Vater, der bis dahin mit der Mutter und dem Kind zusammenlebte und bei seinem Auszug die Tochter an seinen neuen Wohnort innerhalb der Schweiz mitnimmt.** Art. 220 aStGB bzw. Art. 220 StGB schützt diejenige Person, die über den Aufenthaltsort des Kindes bestimmen darf. Wer dies ist, ergibt sich aus dem Zivilrecht. Täter kann jedermann sein, der nicht allein und uneingeschränkt die elterliche Sorge bzw. Obhut ausübt. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge und Obhut können daher beide Elternteile den Tatbestand erfüllen. Entziehen bedeutet die örtliche Trennung der minderjährigen Person vom Inhaber des Obhutsrechts, und zwar unabhängig von deren allfälligem Einverständnis. In subjektiver Hinsicht ist Vorsatz erforderlich, wobei die Absicht genügt, den oder die Unmündige dauernd oder doch für längere Zeit dem Berechtigten vorzuenthalten. Erforderlich ist jedenfalls, dass der Täter seinen Willen zum Ausdruck bringt, die berechtigte Person an der Ausübung der elterlichen Sorge zu hindern. **5.**

## **II. SCHWEIZERISCHE STRAFPROZESSORDNUNG (STPO)**

### **1. Geltungsbereich und Grundsätze**

**Art. 11 Abs. 1 StPO. Verbot der doppelten Verfolgung und doppelten Bestrafung (ne bis in idem). Reichweite des Grundsatzes nach nationalem und nach Völkerrecht.** Das Doppelverfolgungs- und Doppelbestrafungsverbot stellt ein Verfahrenshindernis dar (Erw. II/3.1). Art. 11 Abs. 1 StPO, Art. 4 ZP Nr. 7 zur EMRK und Art. 14 Abs. 7 IPbürgR garantieren nur ein rechtsordnungsinternes Doppelverfolgungs- und Doppelbestrafungsverbot (Erw. II/3.2). Art. 54 SDÜ garantiert das Doppelverfolgungs- und Doppelbestrafungsverbot für den Schengener Rechtsraum. Vorbehalt der Schweiz zu Art. 54 SDÜ (Erw. II/3.3). Als Verfahrenshindernis ist das Doppelverfolgungs- und Doppelbestrafungsverbot in jedem Verfahrensstadium von Amtes wegen zu beachten (Erw. II/3.4). In casu kommt der Vorbehalt der Schweiz zu Art. 54 SDÜ zum Tragen (Erw. II/4.1). Aufschiebung der Auslieferung des Straftäters an die Schweiz wegen einer im ersuchten Staat auferlegten Freiheitsstrafe (Erw. II/4.2). Fortsetzung der Strafverfolgung und Anordnung von Zwangsmassnahmen in casu nicht zu beanstanden (Erw. II/4.3). **13.**

### **2. Strafbehörden**

**Art. 59 Abs. 1 lit. b StPO. Ausstandsgesuch gegen eine Staatsanwältin. Zuständigkeit.** Wird im Verfahren vor dem Sachgericht betreffend eine Staatsanwältin ein sich im Untersuchungsverfahren verwirklichter Ausstandsgrund geltend gemacht, obliegt die Beurteilung des Ausstandsgesuchs dem Sachgericht und nicht der Beschwerdeinstanz. **7.**

**Art. 101 Abs. 2 StPO. Gesuch um Akteneinsicht der Steuerbehörde.** Die Steuerbehörde muss ein Interesse nachweisen, aber nicht nachweisen, dass sie die Akten tatsächlich benötigt. Dem Beschuldigten ist das rechtliche Gehör zum Akteneinsichtsge-

such zu gewähren. Wenn er sich dem Gesuch widersetzt, hat er jedes Aktenstück genau zu bezeichnen und darzulegen, weshalb dieses auszusondern oder zu schwärzen ist. **79.**

**Art. 113 Abs. 1 StPO. Frage der Tatbestandserfüllung der Nötigung durch Druckausübung auf eine Arbeitnehmerin in betriebsinterner Untersuchung.** Die einzelnen Tathandlungen sind unter Berücksichtigung der gesamten Umstände zu beurteilen (Erw. II/6.3). Rechtliche Vorgaben für betriebsinterne Untersuchungen bei Verdacht auf eine strafbare Handlung im Unternehmen (Erw. II/7.1). Die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers in betriebsinternen Untersuchungen verpflichtet diesen, die Arbeitnehmerin anzuhören. Die Mitwirkungs- und Auskunftspflicht der Arbeitnehmerin kollidiert mit dem strafprozessualen Recht auf Selbstbelastungsfreiheit und Aussageverweigerung (Erw. II/7.3). **78.**

**Art. 118 Abs. 1 StPO. Beschwerde gegen die Zulassung als Privatklägerschaft.** Die beschuldigte Person hat ein rechtlich geschütztes Interesse im Sinne von Art. 382 Abs. 1 StPO an einer Beschwerde gegen eine Verfügung, mit welcher im gegen sie geführten Strafverfahren eine dritte Partei als Privatkläger zugelassen wird (Erw. II.3.3). **72.**

### 3. Beweismittel

**Art. 194 Abs. 1 StPO. Gesuch um Akteneinsicht der Steuerbehörde.** Die Steuerbehörde muss ein Interesse nachweisen, aber nicht nachweisen, dass sie die Akten tatsächlich benötigt. Dem Beschuldigten ist das rechtliche Gehör zum Akteneinsichtsgesuch zu gewähren. Wenn er sich dem Gesuch widersetzt, hat er jedes Aktenstück genau zu bezeichnen und darzulegen, weshalb dieses auszusondern oder zu schwärzen ist. **79.**

### 4. Zwangsmassnahmen

**Art. 221 StPO. Entscheid betreffend Anordnung Sicherheitshaft im Hinblick auf ein Nachverfahren nach Art. 363 ff. StPO (nachträgliche Anordnung einer stationären Massnahme nach Art. 59 StGB), nachdem der Sachrichter das Nachverfahren sistiert und die Rechtshängigkeit zurück an die Vollzugsbehörde gewiesen hat.** Zulässigkeit der Beschwerde (Erw. II.1). Beschwerdelegitimation der Vollzugsbehörde (Amt für Justizvollzug des Kantons Zürich) (Erw. II.2). Gesetzliche Grundlage für Sicherheitshaft, wenn das Nachverfahren formell nicht rechtshängig ist (Erw. III). **15.**

**Art. 229 ff. StPO. Entscheid betreffend Anordnung Sicherheitshaft im Hinblick auf ein Nachverfahren nach Art. 363 ff. StPO (nachträgliche Anordnung einer stationären Massnahme nach Art. 59 StGB), nachdem der Sachrichter das Nachverfahren sistiert und die Rechtshängigkeit zurück an die Vollzugsbehörde gewiesen hat.** Zulässigkeit der Beschwerde (Erw. II.1). Beschwerdelegitimation der Vollzugsbehörde (Amt für Justizvollzug des Kantons Zürich) (Erw. II.2). Gesetzliche Grundlage für Sicherheitshaft, wenn das Nachverfahren formell nicht rechtshängig ist (Erw. III). **15.**

### 5. Vorverfahren

**Art. 310 Abs. 1 lit. b StPO. Verbot der doppelten Verfolgung und doppelten Bestrafung (ne bis in idem). Reichweite des Grundsatzes nach nationalem und nach Völkerrecht.** Das Doppelverfolgungs- und Doppelbestrafungsverbot stellt ein Verfahrenshindernis dar (Erw. II/3.1). Art. 11 Abs. 1 StPO, Art. 4 ZP Nr. 7 zur EMRK und Art. 14 Abs. 7 IPbürgR garantieren nur ein rechtsordnungsinternes Doppelverfolgungs- und Doppelbestrafungsverbot (Erw. II/3.2). Art. 54 SDÜ garantiert das Doppelverfolgungs- und Doppelbestrafungsverbot für den Schengener Rechtsraum. Vorbehalt der Schweiz zu Art. 54 SDÜ (Erw. II/3.3). Als Verfahrenshindernis ist das Doppelverfol-

gungs- und Doppelbestrafungsverbot in jedem Verfahrensstadium von Amtes wegen zu beachten (Erw. II/3.4). In casu kommt der Vorbehalt der Schweiz zu Art. 54 SDÜ zum Tragen (Erw. II/4.1). Aufschiebung der Auslieferung des Straftäters an die Schweiz wegen einer im ersuchten Staat auferlegten Freiheitsstrafe (Erw. II/4.2). Fortsetzung der Strafverfolgung und Anordnung von Zwangsmassnahmen in casu nicht zu beanstanden (Erw. II/4.3). **13.**

**Art. 315 Abs. 2 StPO.** Keine Beschwerde gemäss StPO bei einer Wiederanhandnahme des Verfahrens nach Art. 55a Abs. 2 StGB. **44.**

**Art. 319 Abs. 1 StPO. Frage der Tatbestandserfüllung der Nötigung durch Druckausübung auf eine Arbeitnehmerin in betriebsinterner Untersuchung.** Bei zweifelhafter Rechts- und/oder Beweislage darf das Strafverfahren nicht eingestellt werden (Erw. II/5; Bestätigung der Rechtsprechung). Unzulässigkeit der Einstellung des Strafverfahrens wegen unklarer Rechts- und Beweislage im konkreten Fall (Erw. II/8). **78.**

## 6. Besondere Verfahren

**Art. 354 ff. StPO. Gesetzliche Grundlage für Auflage der Kosten des Einspracheverfahrens an die verurteilte Person.** Im Falle eines Schuldspruches gelangt die in Art. 426 Abs. 1 Satz 1 StPO für das erstinstanzliche Verfahren statuierte Kostentragungspflicht zur Anwendung, wonach die schuldig gesprochene Person von den gesetzlichen Ausnahmen abgesehen sämtliche (kausal verursachten) Verfahrenskosten (gemäss Art. 422 StPO) zu tragen hat. Zu den Verfahrenskosten im eben genannten Sinne zählen grundsätzlich auch die der Staatsanwaltschaft bzw. der Übertretungsstrafbehörde im Einspracheverfahren gegen einen Strafbefehl entstandenen Kosten. **12.**

**Art. 357 Abs. 2 StPO. Gesetzliche Grundlage für Auflage der Kosten des Einspracheverfahrens an die verurteilte Person.** Im Falle eines Schuldspruches gelangt die in Art. 426 Abs. 1 Satz 1 StPO für das erstinstanzliche Verfahren statuierte Kostentragungspflicht zur Anwendung, wonach die schuldig gesprochene Person von den gesetzlichen Ausnahmen abgesehen sämtliche (kausal verursachten) Verfahrenskosten (gemäss Art. 422 StPO) zu tragen hat. Zu den Verfahrenskosten im eben genannten Sinne zählen grundsätzlich auch die der Staatsanwaltschaft bzw. der Übertretungsstrafbehörde im Einspracheverfahren gegen einen Strafbefehl entstandenen Kosten. **12.**

**Art. 363 ff. StPO i.V.m. Art. 63b Abs. 5 und Art. 59 StGB. Entscheid betreffend Anordnung Sicherheitshaft im Hinblick auf ein Nachverfahren nach Art. 363 ff. StPO (nachträgliche Anordnung einer stationären Massnahme nach Art. 59 StGB), nachdem der Sachrichter das Nachverfahren sistiert und die Rechtshängigkeit zurück an die Vollzugsbehörde gewiesen hat.** Zulässigkeit der Beschwerde (Erw. II.1). Beschwerdelegitimation der Vollzugsbehörde (Amt für Justizvollzug des Kantons Zürich) (Erw. II.2). Gesetzliche Grundlage für Sicherheitshaft, wenn das Nachverfahren formell nicht rechtshängig ist (Erw. III). **15.**

## 7. Rechtsmittel

**Art. 382 Abs. 1 StPO. Beschwerde gegen die Zulassung als Privatklägerschaft.** Die beschuldigte Person hat ein rechtlich geschütztes Interesse im Sinne von Art. 382 Abs. 1 StPO an einer Beschwerde gegen eine Verfügung, mit welcher im gegen sie geführten Strafverfahren eine dritte Partei als Privatkläger zugelassen wird (Erw. II.3.3). **72.**

**Art. 384 lit. a StPO i.V.m. Art. 84 Abs. 1 und 2 StPO. Fristbeginn Berufungsanmeldung.** Die Frist zur Berufungsanmeldung beginnt für den erbeten verteidigten Beschuldigten zu laufen, wenn diesem das Urteil mündlich eröffnet und ihm das Disposi-

tiv übergeben wurde. Sie läuft für den Verteidiger, welcher auf Anwesenheit an der Hauptverhandlung verzichtet hat, nicht separat. **43.**

**Art. 393 ff. StPO. Für den prozessualen Rechtsschutz gegen Rechtshilfemassnahmen ist nicht die StPO massgeblich, sondern das IRSG als «lex specialis».** Zulässigkeit der StPO-Beschwerde gegen eine im Rahmen eines Rechtshilfeverfahrens erlassene Verfügung der Staatsanwaltschaft betreffend Zulassung eines Zeugnisverweigerungsrechts (Erw. II.1-2). **35.**

### **8. Verfahrenskosten, Entschädigung und Genugtuung**

**Art. 426 Abs. 1 Satz 1 StPO. Gesetzliche Grundlage für Auflage der Kosten des Einspracheverfahrens an die verurteilte Person.** Im Falle eines Schuldspruches gelangt die in Art. 426 Abs. 1 Satz 1 StPO für das erstinstanzliche Verfahren statuierte Kostentragungspflicht zur Anwendung, wonach die schuldig gesprochene Person von den gesetzlichen Ausnahmen abgesehen sämtliche (kausal verursachten) Verfahrenskosten (gemäss Art. 422 StPO) zu tragen hat. Zu den Verfahrenskosten im eben genannten Sinne zählen grundsätzlich auch die der Staatsanwaltschaft bzw. der Übertretungsstrafbehörde im Einspracheverfahren gegen einen Strafbefehl entstandenen Kosten. **12.**

## **III. BUNDESGESETZ ÜBER INTERNATIONALE RECHTSHILFE IN STRAFSACHEN (IRSG)**

**Art. 1 Abs. 1 IRSG. Für den prozessualen Rechtsschutz gegen Rechtshilfemassnahmen ist nicht die StPO massgeblich, sondern das IRSG als «lex specialis».** Zulässigkeit der StPO-Beschwerde gegen eine im Rahmen eines Rechtshilfeverfahrens erlassene Verfügung der Staatsanwaltschaft betreffend Zulassung eines Zeugnisverweigerungsrechts (Erw. II.1-2). **35.**

**Art. 12 Abs. 1 IRSG. Für den prozessualen Rechtsschutz gegen Rechtshilfemassnahmen ist nicht die StPO massgeblich, sondern das IRSG als «lex specialis».** Zulässigkeit der StPO-Beschwerde gegen eine im Rahmen eines Rechtshilfeverfahrens erlassene Verfügung der Staatsanwaltschaft betreffend Zulassung eines Zeugnisverweigerungsrechts (Erw. II.1-2). **35.**

**Art. 80a Abs. 2 IRSG. Für den prozessualen Rechtsschutz gegen Rechtshilfemassnahmen ist nicht die StPO massgeblich, sondern das IRSG als «lex specialis».** Zulässigkeit der StPO-Beschwerde gegen eine im Rahmen eines Rechtshilfeverfahrens erlassene Verfügung der Staatsanwaltschaft betreffend Zulassung eines Zeugnisverweigerungsrechts (Erw. II.1-2). **35.**

**Art. 80e Abs. 1 IRSG. Für den prozessualen Rechtsschutz gegen Rechtshilfemassnahmen ist nicht die StPO massgeblich, sondern das IRSG als «lex specialis».** Zulässigkeit der StPO-Beschwerde gegen eine im Rahmen eines Rechtshilfeverfahrens erlassene Verfügung der Staatsanwaltschaft betreffend Zulassung eines Zeugnisverweigerungsrechts (Erw. II.1-2). **35.**

**Art. 80e Abs. 2 IRSG. Für den prozessualen Rechtsschutz gegen Rechtshilfemassnahmen ist nicht die StPO massgeblich, sondern das IRSG als «lex specialis».** Zulässigkeit der StPO-Beschwerde gegen eine im Rahmen eines Rechtshilfeverfahrens erlassene Verfügung der Staatsanwaltschaft betreffend Zulassung eines Zeugnisverweigerungsrechts (Erw. II.1-2). **35.**

## IV. STRAF- UND JUSTIZVOLLZUGSGESETZ (STJVG ZH)

**§ 22 Abs. 1 Straf- und Justizvollzugsgesetz (StJVG ZH). Entscheid betreffend Anordnung Sicherheitshaft im Hinblick auf ein Nachverfahren nach Art. 363 ff. StPO (nachträgliche Anordnung einer stationären Massnahme nach Art. 59 StGB), nachdem der Sachrichter das Nachverfahren sistiert und die Rechtshängigkeit zurück an die Vollzugsbehörde gewiesen hat.** Zulässigkeit der Beschwerde (Erw. II.1). Beschwerdelegitimation der Vollzugsbehörde (Amt für Justizvollzug des Kantons Zürich) (Erw. II.2). Gesetzliche Grundlage für Sicherheitshaft, wenn das Nachverfahren formell nicht rechtshängig ist (Erw. III). **15.**

**§ 22 Abs. 2 Straf- und Justizvollzugsgesetz (StJVG ZH). Entscheid betreffend Anordnung Sicherheitshaft im Hinblick auf ein Nachverfahren nach Art. 363 ff. StPO (nachträgliche Anordnung einer stationären Massnahme nach Art. 59 StGB), nachdem der Sachrichter das Nachverfahren sistiert und die Rechtshängigkeit zurück an die Vollzugsbehörde gewiesen hat.** Zulässigkeit der Beschwerde (Erw. II.1). Beschwerdelegitimation der Vollzugsbehörde (Amt für Justizvollzug des Kantons Zürich) (Erw. II.2). Gesetzliche Grundlage für Sicherheitshaft, wenn das Nachverfahren formell nicht rechtshängig ist (Erw. III). **15.**

## C. ANWALTSRECHT

### I. BUNDESGESETZ ÜBER DIE FREIZÜGIGKEIT DER ANWÄLTINNEN UND ANWÄLTE (BGFA)

**Art. 12 lit. f BGFA. Es besteht kein Anlass, einer Klientin zur Sicherstellung allfälliger Schadenersatzansprüche die Versicherungsgesellschaft bekannt zu geben, bei welcher deren Anwältin ihre Berufshaftpflichtversicherung abgeschlossen hat, sofern die Anwältin dieser den allfälligen Schadenfall rechtzeitig gemeldet hat.** Soweit die Versicherte die Versicherungsgesellschaft rechtzeitig über den Schadenfall informiert, sind die Rechte der Geschädigten nach Art. 60 VVG von Gesetzes wegen sichergestellt. Ist die Meldung erfolgt, hat die Klientin keinen Anspruch auf Bekanntgabe der Versicherungsgesellschaft. Anders wäre unter Umständen zu entscheiden, wenn der betreffende Anwalt nicht in der Lage ist, das Schadenereignis zu melden oder den Klienten über den Namen des Versicherers zu informieren. Das Zürcher Verwaltungsgericht hat diesen Entscheid im Ergebnis bestätigt mit Urteil des Einzelrichters vom 4. Juli 2016, VB.2016.00170. **8.**

### II. VERORDNUNG ÜBER DIE ANWALTSGEBÜHREN (ANWGEBV/ZH)

**§ 11 AnwGebV. Parteientschädigung.** Unnötig breite Parteivorbringen sind nicht zu entschädigen (Erw. 11). **76.**

## D. WEITERE ERLASSE

### I. BUNDESGESETZ ÜBER DIE MEHRWERTSTEUER (MWSTG)

**Art. 75 Abs. 2 und 3 Mehrwertsteuergesetz. Gesuch um Akteneinsicht der Steuerbehörde.** Die Steuerbehörde muss ein Interesse nachweisen, aber nicht nachweisen, dass sie die Akten tatsächlich benötigt. Dem Beschuldigten ist das rechtliche Gehör zum Akteneinsichtsgesuch zu gewähren. Wenn er sich dem Gesuch widersetzt, hat er jedes Aktenstück genau zu bezeichnen und darzulegen, weshalb dieses auszusondern oder zu schwärzen ist. **79.**

### II. STEUERGESETZ (DES KANTONS ZÜRICH; STG)

**§ 121 Abs. 1 Steuergesetz des Kantons Zürich. Gesuch um Akteneinsicht der Steuerbehörde.** Die Steuerbehörde muss ein Interesse nachweisen, aber nicht nachweisen, dass sie die Akten tatsächlich benötigt. Dem Beschuldigten ist das rechtliche Gehör zum Akteneinsichtsgesuch zu gewähren. Wenn er sich dem Gesuch widersetzt, hat er jedes Aktenstück genau zu bezeichnen und darzulegen, weshalb dieses auszusondern oder zu schwärzen ist. **79.**

### III. ORDNUNGSBUSSENGESETZ (OBG)

**Art. 6 Abs. 5 OBG. Halterhaftung.** Seit dem 1. Januar 2014 gelten für Widerhandlungen im Strassenverkehr im Bereich des Ordnungsbussenverfahrens neue Vorschriften über die Halterhaftung. Seither muss nicht mehr ausschliesslich die Person bestraft werden, welche die Widerhandlung begangen hat. Vielmehr kann der Fahrzeughalter bestraft werden, falls der Täter der Polizei nicht bekannt ist. Es ist jedoch weiterhin nicht zulässig, jemanden allein gestützt auf seine Eigenschaft als Fahrzeughalter einer Verkehrswiderhandlung schuldig zu sprechen. Der Fahrzeughalter kann kraft seiner Haltereigenschaft lediglich zur Bezahlung der Ordnungsbusse verpflichtet werden. Eine Ersatzfreiheitsstrafe fällt in diesen Fällen ausser Betracht. **64.**

### IV. BUNDESGESETZ ÜBER DEN ALLGEMEINEN TEIL DES SOZIALVERSICHERUNGSRECHTS (ATSG)

**Art. 25 Abs. 2 ATSG. Vollstreckungsfrist bei Rückerstattungsforderungen der Sozialhilfe.** Die Vollstreckungsfrist für rechtskräftig festgesetzte Rückerstattungsforderungen von unrechtmässig bezogenen Sozialhilfeleistungen beträgt in analoger Anwendung der Rechtsprechung zu Art. 25 Abs. 2 ATSG fünf Jahre. **30.**

## V. SOZIALHILFEGESETZ (SHG)

**§ 26 SHG. Vollstreckungsfrist bei Rückerstattungsforderungen der Sozialhilfe.** Die Vollstreckungsfrist für rechtskräftig festgesetzte Rückerstattungsforderungen von unrechtmässig bezogenen Sozialhilfeleistungen beträgt in analoger Anwendung der Rechtsprechung zu Art. 25 Abs. 2 ATSG fünf Jahre. **30.**

## VI. GESETZ ÜBER DIE RAUMPLANUNG UND DAS ÖFFENTLICHE BAURECHT (PBG)

**§ 340 PBG. Schutzzweck der Norm.** Die beschuldigte Person hat ein rechtlich geschütztes Interesse im Sinne von Art. 382 Abs. 1 StPO an einer Beschwerde gegen eine Verfügung, mit welcher im gegen sie geführten Strafverfahren eine dritte Partei als Privatkläger zugelassen wird (Erw. II.3.3). Die Strafbestimmung des § 340 PBG schützt nicht die Vermögensinteressen eines Bauherrn und bezweckt nicht, Bauherrschaften vor den Folgen formell- oder materiellrechtlicher Baurechtswidrigkeiten ihrer Beauftragten zu schützen (Erw. II.8). **72.**

## VII. SIA-NORM 118 (ALLGEMEINE BEDINGUNGEN FÜR BAUARBEITEN)

**Art. 152 Abs. 1 SIA-Norm 118. Fälligkeit gemäss SIA-Norm 118.** Die SIA-Norm 118 («Allgemeine Bedingungen für Bauarbeiten») ist eine offenkundige Tatsache im Sinne von Art. 151 ZPO. Ihr Wortlaut muss weder behauptet noch bewiesen werden (Erw. 5). Die Frage, ob eine Forderung gemäss der SIA-Norm 118 fällig sei, ist eine Rechtsfrage (Erw. 6). **33.**

## E. INTERNATIONALE ABKOMMEN

### I. PROTOKOLL NR. 7 ZUR KONVENTION ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE UND GRUNDFREIHEITEN

**Art. 4 Protokoll Nr. 7 zur EMRK. Verbot der doppelten Verfolgung und doppelten Bestrafung (ne bis in idem). Reichweite des Grundsatzes nach nationalem und nach Völkerrecht.** Das Doppelverfolgungs- und Doppelbestrafungsverbot stellt ein Verfahrenshindernis dar (Erw. II/3.1). Art. 11 Abs. 1 StPO, Art. 4 ZP Nr. 7 zur EMRK und Art. 14 Abs. 7 IPbürgR garantieren nur ein rechtsordnungsinternes Doppelverfolgungs- und Doppelbestrafungsverbot (Erw. II/3.2). Art. 54 SDÜ garantiert das Doppelverfolgungs- und Doppelbestrafungsverbot für den Schengener Rechtsraum. Vorbehalt der Schweiz zu Art. 54 SDÜ (Erw. II/3.3). Als Verfahrenshindernis ist das Doppelverfolgungs- und Doppelbestrafungsverbot in jedem Verfahrensstadium von Amtes wegen zu beachten (Erw. II/3.4). In casu kommt der Vorbehalt der Schweiz zu Art. 54 SDÜ zum Tragen (Erw. II/4.1). Aufschub der Auslieferung des Straftäters an

die Schweiz wegen einer im ersuchten Staat auferlegten Freiheitsstrafe (Erw. II/4.2). Fortsetzung der Strafverfolgung und Anordnung von Zwangsmassnahmen in casu nicht zu beanstanden (Erw. II/4.3). **13.**

## II. INTERNATIONALER PAKT ÜBER BÜRGERLICHE UND POLITISCHE RECHTE

**Art. 14 Abs. 7 IPbürgR. Verbot der doppelten Verfolgung und doppelten Bestrafung (ne bis in idem). Reichweite des Grundsatzes nach nationalem und nach Völkerrecht.** Das Doppelverfolgungs- und Doppelbestrafungsverbot stellt ein Verfahrenshindernis dar (Erw. II/3.1). Art. 11 Abs. 1 StPO, Art. 4 ZP Nr. 7 zur EMRK und Art. 14 Abs. 7 IPbürgR garantieren nur ein rechtsordnungsinternes Doppelverfolgungs- und Doppelbestrafungsverbot (Erw. II/3.2). Art. 54 SDÜ garantiert das Doppelverfolgungs- und Doppelbestrafungsverbot für den Schengener Rechtsraum. Vorbehalt der Schweiz zu Art. 54 SDÜ (Erw. II/3.3). Als Verfahrenshindernis ist das Doppelverfolgungs- und Doppelbestrafungsverbot in jedem Verfahrensstadium von Amtes wegen zu beachten (Erw. II/3.4). In casu kommt der Vorbehalt der Schweiz zu Art. 54 SDÜ zum Tragen (Erw. II/4.1). Aufschub der Auslieferung des Straftäters an die Schweiz wegen einer im ersuchten Staat auferlegten Freiheitsstrafe (Erw. II/4.2). Fortsetzung der Strafverfolgung und Anordnung von Zwangsmassnahmen in casu nicht zu beanstanden (Erw. II/4.3). **13.**

## III. ÜBEREINKOMMEN ÜBER DIE GERICHTLICHE ZUSTÄNDIGKEIT UND DIE ANERKENNUNG UND VOLLSTRECKUNG VON ENTSCHEIDEN IN ZIVIL- UND HANDELSACHEN (LUGANO-ÜBEREINKOMMEN; LUGÜ)

**Art. 34 Abs. 2 LugÜ. Anwendbarkeit der ZPO im Exequaturverfahren gemäss LugÜ. Beweislastverteilung im Zusammenhang mit einer behaupteten Urkundenfälschung.** Das LugÜ regelt das Exequaturverfahren nicht abschliessend, weshalb das Recht des Vollstreckungsstaates – in der Schweiz also die ZPO – zur Ergänzung bzw. Konkretisierung heranzuziehen ist (Erw. II.1). Wenn begründete Zweifel an der Echtheit einer Urkunde bestehen, hat diejenige Partei deren Echtheit zu beweisen, die sich auf die in Frage stehende Urkunde beruft – d.h. mit ihr nach den Regeln über die Beweislast den Beweis führt. Will eine Partei anhand einer Urkunde ein rechtsmissbräuchliches Verhalten der Gegenpartei nachweisen, so trägt sie die Beweislast für die Echtheit der entsprechenden Urkunde (Erw. III.C.4.1-4.3). **19.**

**Art. 50 LugÜ. Unentgeltliche Rechtspflege und -verbeiständung im Vollstreckbarerklärungsverfahren nach Art. 38 ff. LugÜ.** Wurde dem Antragsteller im Ursprungsstaat Prozesskostenhilfe oder Kostenbefreiung gewährt, darf seine Mittellosigkeit im Vollstreckbarerklärungsverfahren weder mit Bezug auf die Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege noch mit Bezug auf die Beigabe eines unentgeltlichen Rechtsbeistandes überprüft werden. Hingegen sind die weiteren Voraussetzungen für die Beigabe eines unentgeltlichen Rechtsbeistandes (fehlende Aussichtslosigkeit i.S.v. Art. 117 lit. b ZPO und Gebotenheit i.S.v. Art. 118 Abs. 1 lit. c ZPO) zu überprüfen. **27.**

## IV. EUROPÄISCHES AUSLIEFERUNGSÜBEREINKOMMEN

**Art. 19 Europäisches Auslieferungsübereinkommen. Verbot der doppelten Verfolgung und doppelten Bestrafung (ne bis in idem). Reichweite des Grundsatzes nach nationalem und nach Völkerrecht.** Das Doppelverfolgungs- und Doppelbestrafungsverbot stellt ein Verfahrenshindernis dar (Erw. II/3.1). Art. 11 Abs. 1 StPO, Art. 4 ZP Nr. 7 zur EMRK und Art. 14 Abs. 7 IPbürgR garantieren nur ein rechtsordnungsinternes Doppelverfolgungs- und Doppelbestrafungsverbot (Erw. II/3.2). Art. 54 SDÜ garantiert das Doppelverfolgungs- und Doppelbestrafungsverbot für den Schengener Rechtsraum. Vorbehalt der Schweiz zu Art. 54 SDÜ (Erw. II/3.3). Als Verfahrenshindernis ist das Doppelverfolgungs- und Doppelbestrafungsverbot in jedem Verfahrensstadium von Amtes wegen zu beachten (Erw. II/3.4). In casu kommt der Vorbehalt der Schweiz zu Art. 54 SDÜ zum Tragen (Erw. II/4.1). Aufschiebung der Auslieferung des Straftäters an die Schweiz wegen einer im ersuchten Staat auferlegten Freiheitsstrafe (Erw. II/4.2). Fortsetzung der Strafverfolgung und Anordnung von Zwangsmassnahmen in casu nicht zu beanstanden (Erw. II/4.3). **13.**

## V. SCHENGENER DURCHFÜHRUNGSÜBEREINKOMMEN (SDÜ)

**Art. 54 Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ). Verbot der doppelten Verfolgung und doppelten Bestrafung (ne bis in idem). Reichweite des Grundsatzes nach nationalem und nach Völkerrecht.** Das Doppelverfolgungs- und Doppelbestrafungsverbot stellt ein Verfahrenshindernis dar (Erw. II/3.1). Art. 11 Abs. 1 StPO, Art. 4 ZP Nr. 7 zur EMRK und Art. 14 Abs. 7 IPbürgR garantieren nur ein rechtsordnungsinternes Doppelverfolgungs- und Doppelbestrafungsverbot (Erw. II/3.2). Art. 54 SDÜ garantiert das Doppelverfolgungs- und Doppelbestrafungsverbot für den Schengener Rechtsraum. Vorbehalt der Schweiz zu Art. 54 SDÜ (Erw. II/3.3). Als Verfahrenshindernis ist das Doppelverfolgungs- und Doppelbestrafungsverbot in jedem Verfahrensstadium von Amtes wegen zu beachten (Erw. II/3.4). In casu kommt der Vorbehalt der Schweiz zu Art. 54 SDÜ zum Tragen (Erw. II/4.1). Aufschiebung der Auslieferung des Straftäters an die Schweiz wegen einer im ersuchten Staat auferlegten Freiheitsstrafe (Erw. II/4.2). Fortsetzung der Strafverfolgung und Anordnung von Zwangsmassnahmen in casu nicht zu beanstanden (Erw. II/4.3). **13.**

**Art. 55 Abs. 1 lit. a Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ). Verbot der doppelten Verfolgung und doppelten Bestrafung (ne bis in idem). Reichweite des Grundsatzes nach nationalem und nach Völkerrecht.** Das Doppelverfolgungs- und Doppelbestrafungsverbot stellt ein Verfahrenshindernis dar (Erw. II/3.1). Art. 11 Abs. 1 StPO, Art. 4 ZP Nr. 7 zur EMRK und Art. 14 Abs. 7 IPbürgR garantieren nur ein rechtsordnungsinternes Doppelverfolgungs- und Doppelbestrafungsverbot (Erw. II/3.2). Art. 54 SDÜ garantiert das Doppelverfolgungs- und Doppelbestrafungsverbot für den Schengener Rechtsraum. Vorbehalt der Schweiz zu Art. 54 SDÜ (Erw. II/3.3). Als Verfahrenshindernis ist das Doppelverfolgungs- und Doppelbestrafungsverbot in jedem Verfahrensstadium von Amtes wegen zu beachten (Erw. II/3.4). In casu kommt der Vorbehalt der Schweiz zu Art. 54 SDÜ zum Tragen (Erw. II/4.1). Aufschiebung der Auslieferung des Straftäters an die Schweiz wegen einer im ersuchten Staat auferlegten Freiheitsstrafe (Erw. II/4.2). Fortsetzung der Strafverfolgung und Anordnung von Zwangsmassnahmen in casu nicht zu beanstanden (Erw. II/4.3). **13.**

## Alphabetisches Register

- Akteneinsicht.** Gebühren. Aufklärungspflicht. Unentgeltliche Rechtspflege. **66.**
- Akteneinsichtsgesuch.** Steuerbehörde. Interessensnachweis. Rechtliches Gehör. **79.**
- Akteneinsichtsrecht.** Verschiebungsgesuch. Tonbandaufnahme. Novenrecht. Vereinfachtes Verfahren. **18.**
- Aktiengesellschaft.** Liquidation. Kapitalherabsetzung. Gläubigerschutz. Vorsorgliche Massnahme. **73.**
- Aktionärbindungsvertrag.** Konkurrenzverbot. Vorsorgliches Verbot. Substanziierungsobliegenheit. Nachteilsprognose. Realvollstreckung. **61.**
- Annahmen.** Fakten. Rechtskraftbescheinigung. Rechtsöffnung. **34.**
- Anwaltsgeheimnis.** Entbindung. Honorarforderung. Kostenvorschuss. Schützenswertes Interesse. **16.**
- Arbeitgeberin.** Datenlieferungen. Klageänderung vor der Hauptverhandlung. **23.**
- Arrestsubstrat.** Glaubhaftmachung. **61.**
- Arbeitnehmerin.** Nötigung. Betriebsinterne Untersuchung. **78.**
- Aufenthaltsbestimmungsrecht.** Entziehung von Minderjährigen. Neuer Wohnort. **5.**
- Aufklärungspflicht.** Unentgeltliche Rechtspflege. Gebühren. Akteneinsicht. **66.**
- Aufschiebende Wirkung.** Rechtsmittel. Vorsorgliche Massnahmen. KESR. **47.**
- Aufsicht.** Vollzug. Beistand. KESB. Sachliche Zuständigkeit. Kindesschutzmassnahmen. Scheidungsverfahren. **70.**
- Auslegung AGBs.** Bankvertrag. Euro-Mindestkurs. Preisanpassungen. **40.**
- Ausstandsbegehren.** Untere Aufsichtsbehörde über Schuldbetreibung und Konkurs. **65.**
- Ausstandsgesuch.** Zuständigkeit. **7.**
- Ausweisung.** Rechtsschutz in klaren Fällen. Kosten- und Entschädigungsfolgen bei Gegenstandslosigkeit. **6.**
- Bankvertrag.** Auslegung AGBs. Euro-Mindestkurs. Preisanpassungen. **40.**
- Basler Rechtsöffnungspraxis.** Provisorische Rechtsöffnung. Zeichnungsberechtigung. Juristische Personen. Werkvertrag. **32.**
- Bauhandwerkerpfandrecht.** Behauptungs- und Substanziierungslast. Viermonatsfrist. **37.**
- Bauhandwerkerpfandrecht.** Glaubhaftmachung. Viermonatsfrist. **38.**
- Bedingung.** Kostenbeschwerde. Bezifferter Beschwerdeantrag. Entscheidungsbüher. **77.**
- Begründung, schriftlich.** Mehrkosten. Verteilung. **57.**
- Behauptungs- und Substanziierungslast.** Bauhandwerkerpfandrecht. Viermonatsfrist. **37.**
- Behörde, unzuständig.** Weiterleitung. Instanzenzug. Beschwerdeverfahren. SchKG. **68.**
- Beistand.** Aufsicht. Vollzug. KESB. Sachliche Zuständigkeit. Kindesschutzmassnahmen. Scheidungsverfahren. **70.**
- Berufshaftpflichtversicherung.** Schadenersatzansprüche. Sicherstellung. **8.**
- Berufungsanmeldung.** Fristbeginn. **43.**
- Beschwerde.** Wiederanhandnahme. **44.**
- Beschwerde.** Zulassung. Privatklägerschaft. **72.**
- Beschwerdeantrag.** Beziffert. Kostenbeschwerde. Bedingung. Entscheidungsbüher. **77.**
- Beschwerdefrist.** Fristauslösung. Zustellfiktion. Vertrauensschutz. Falsche Rechtsmittelbelehrung. **50.**

- Beschwerdeverfahren.** SchKG. Instanzenzug. Unzuständige Behörde. Weiterleitung. **68.**
- Bewegungsfreiheit.** Urteilsunfähigkeit. Fürsorgerische Unterbringung. **55.**
- Beweislast.** Design. **42.**
- Beweislast.** Beweismass. Persönlichkeitschutz. Vorsorgliche Massnahmen. Medien. **69.**
- Beweislastverteilung.** Exequaturverfahren gemäss LugÜ. Anwendbarkeit ZPO. **19.**
- Beweismass.** Beweislast. Persönlichkeitschutz. Vorsorgliche Massnahmen. Medien. **69.**
- Beweisverfügung.** Edition. Rechtsmittelvoraussetzung. Nachteil, nicht leicht wiedergutzumachender. **41.**
- Bruttolohn.** Rechtsöffnung. Gläubigermehrheit. **28.**
- Datenlieferungen.** Arbeitgeberin. Klageänderung vor der Hauptverhandlung. **23.**
- Design.** Kugelschreiber. Vorsorgliche Massnahmen. Eigenart. Lauterkeitsrechtliche Verwechslungsgefahr. **17.**
- Design.** Beweislast. **42.**
- Duplikatschrift, weitschweifig.** Stellungnahme zu Noven. Drohender, nicht leicht wiedergutzumachender Nachteil. **11.**
- Edition.** Beweisverfügung. Rechtsmittelvoraussetzung. Nachteil, nicht leicht wiedergutzumachender. **41.**
- Eigenart.** Design. Kugelschreiber. Vorsorgliche Massnahmen. Lauterkeitsrechtliche Verwechslungsgefahr. **17.**
- Einigungsversuch.** Kinderbelange. Uneingeschränkte Untersuchungsmaxime. **63.**
- Einspracheverfahren.** Kostenaufgabe an verurteilte Person. **12.**
- Einzelfirma.** Zweigniederlassung. Organisationsmangel. **75.**
- Entbindung.** Anwaltsgeheimnis. Honorarforderung. Kostenvorschuss. Schützenswertes Interesse. **16.**
- Entschädigungsfolgen bei Gegenstandslosigkeit.** Kostenfolgen bei Gegenstandslosigkeit. Rechtsschutz in klaren Fällen. Ausweisung. **6.**
- Entscheidgebühren.** Wiedereintragung. Handelsregister. Glaubhaftmachung. **58.**
- Entscheidgebühren.** Kostenbeschwerde. Bedingung. Bezifferter Beschwerdeantrag. **77.**
- Entziehung von Minderjährigen.** Neuer Wohnort. Aufenthaltsbestimmungsrecht. **5.**
- Erfüllungsklage.** Risikoüberwälzung auf Bankkündin. Schadensüberwälzung auf Kundin. Leistung an Unberechtigten. **4.**
- Ermessen.** Prozesskostenverteilung. Organisationsmangel. Gegenstandslosigkeit nach Mangelbehebung. **2.**
- Euro-Mindestkurs.** Bankvertrag. Auslegung AGBs. Preisanpassungen. **40.**
- Eventualbegehren.** Wertersatz. Paulianischer Rückerstattungsanspruch. **25.**
- Eventuelle Streitgenossenschaft.** **47.**
- Exequaturverfahren gemäss LugÜ.** Anwendbarkeit ZPO. Beweislastverteilung. **19.**
- Fälligkeit gemäss SIA-Norm 118.** Kostenverteilung. Rückweisung. Offenkundige Tatsachen. **33.**
- Fakten.** Annahmen. Rechtskraftbescheinigung. Rechtsöffnung. **34.**
- Finanzierungsleasingvertrag.** Geltungsbereich KKG. Leasingratenerhöhung. Vorzeitige Vertragskündigung. **20.**
- Forderung, abgetretene.** Provisorische Rechtsöffnung. **24.**
- Forderungsprozess, separat.** Kosten- und Entschädigungsfolgen. **67.**
- Fristauslösung.** Zustellfiktion. Beschwerdefrist. Vertrauensschutz. Falsche Rechtsmittelbelehrung. **50.**
- Fristbeginn.** Berufungsanmeldung. **43.**
- Fristwiederherstellung.** Organisationsmangel. **9.**
- Fristwiederherstellung.** Rechtsmittel. Nichteintretensentscheid. Summari-

- ches Verfahren. Rechtsvorschlag. Fehlendes neues Vermögen. **36.**
- Fürsorgerische Unterbringung.** Bewegungsfreiheit. Urteilsunfähigkeit. **55.**
- Gebühren.** Akteneinsicht. Aufklärungspflicht. Unentgeltliche Rechtspflege. **66.**
- Gegenstandslosigkeit.** Nach Mangelhebung. Organisationsmangel. Prozesskostenverteilung. Ermessen. **2.**
- Gehörsanspruch, erweitert.** Organisationsmangel. Sachwalter. Liquidation. **26.**
- Gläubigermehrheit.** Bruttolohn. Rechtsöffnung. **28.**
- Gläubigerschutz.** Vorsorgliche Massnahme. Liquidation. Aktiengesellschaft. Kapitalherabsetzung. **73.**
- Glaubhaftmachung.** Bauhandwerkerpfandrecht. Viermonatsfrist. **38.**
- Glaubhaftmachung.** Wiedereintragung. Handelsregister. Entscheidungsbüher. **58.**
- Glaubhaftmachung.** Arrestsubstrat. **62.**
- Hafenanlage.** Privat. Nutzung. Konzession. **10.**
- Halterhaftung.** **64.**
- Handelsregister.** Wiedereintragung. Glaubhaftmachung. Entscheidungsbüher. **58.**
- Hauptverfahren.** Vorsorgliche Massnahmen. Lizenzvertrag. Prozessfähigkeit. Rechtsschutzinteresse. Rechtsbegehren ungenügend bestimmt. Vertragsauslegung. **3.**
- Honorarforderung.** Anwaltsgeheimnis. Entbindung. Kostenvorschuss. Schützenswertes Interesse. **16.**
- Instanzenzug.** Beschwerdeverfahren. SchKG. Unzuständige Behörde. Weiterleitung. **68.**
- Interessensnachweis.** Akteneinsichtsgesuch. Steuerbehörde. Rechtliches Gehör. **79.**
- Internetzeitung.** Persönlichkeitsverletzung. Juristische Person. **14.**
- IRSG als lex specialis.** Rechtsschutz. Rechtshilfemassnahmen. **35.**
- Juristische Person.** Persönlichkeitsverletzung. Internetzeitung. **14.**
- Juristische Person.** Zeichnungsberechtigung. Provisorische Rechtsöffnung. Werkvertrag. Basler Rechtsöffnungspraxis. **32.**
- Kapitalherabsetzung.** Aktiengesellschaft. Liquidation. Gläubigerschutz. Vorsorgliche Massnahme. **73.**
- KESB.** Sachliche Zuständigkeit. Vollzug. Aufsicht. Beistand. Kindesschutzmassnahmen. Scheidungsverfahren. **70.**
- KESR.** Vorsorgliche Massnahmen. Aufschiebende Wirkung. Rechtsmittel. **47.**
- Kinderbelange.** Uneingeschränkte Untersuchungsmaxime. Einigungsversuch. **63.**
- Kinderunterhalt.** Berechnung nach revidiertem Recht. **21.**
- Kindesschutzmassnahmen.** Scheidungsverfahren. Sachliche Zuständigkeit. KESB. Vollzug. Aufsicht. Beistand. **70.**
- KKG.** Geltungsbereich. Finanzierungsleasingvertrag. Leasingratenerhöhung. Vorzeitige Vertragskündigung. **20.**
- Klageänderung.** Vor der Hauptverhandlung. Datenlieferungen. Arbeitgeberin. **23.**
- Klageänderung.** Zulässigkeit. **52.**
- Konkurrenzverbot.** Vorsorgliches Verbot. Aktionärbindungsvertrag. Substanziierungsobliegenheit. Nachteilsprognose. Realvollstreckung. **61.**
- Konzession.** Nutzung privater Hafenanlage. **10.**
- Kostenaufgabe.** Verurteilte Person. Einspracheverfahren. **12.**
- Kostenbeschwerde.** Bedingung. Bezifferter Beschwerdeantrag. Entscheidungsbüher. **77.**
- Kostenerlass.** Unentgeltliche Prozessführung. Entstehung des Anspruchs. **1.**
- Kostenerlass.** Fallgruppen. **71.**
- Kostenfolgen bei Gegenstandslosigkeit.** Entschädigungsfolgen bei Gegenstandslosigkeit. Rechtsschutz in klaren Fällen. Ausweisung. **6.**
- Kosten- und Entschädigungsfolgen.** Separater Forderungsprozess. **67.**

- Kostenverteilung.** Rückweisung. Offenkundige Tatsachen. Fälligkeit gemäss SIA-Norm 118. **33.**
- Kostenvorschuss.** Anwaltsgeheimnis. Entbindung. Honorarforderung. Schützenswertes Interesse. **16.**
- Kündigung.** Ausserordentlich. Zahlungsverzug. Mieterausweisung. **45.**
- Leasingratenerhöhung.** Vorzeitige Vertragskündigung. Finanzierungsleasingvertrag. Geltungsbereich KKG. **20.**
- Leistung an Unberechtigten.** Erfüllungsklage. Risikoüberwälzung auf Kundin. Schadensüberwälzung auf Kundin. **4.**
- Leistungspflicht.** Scheidungskonvention. Rechtsöffnung. **29.**
- Liquidation.** Sachwalter. Organisationsmangel. Erweiterter Gehörsanspruch. **26.**
- Liquidation.** Aktiengesellschaft. Kapitalherabsetzung. Gläubigerschutz. Vorsorgliche Massnahme. **73.**
- Lizenzvertrag.** Vorsorgliche Massnahmen. Hauptverfahren. Prozessfähigkeit. Rechtsschutzinteresse. Rechtsbegehren ungenügend bestimmt. Vertragsauslegung. **3.**
- Medien.** Vorsorgliche Massnahmen. Persönlichkeitsschutz. Beweismass. Beweislast. **69.**
- Mehrkosten.** Verteilung. Schriftliche Begründung. **57.**
- Mieterausweisung.** Kündigung, ausserordentlich. Zahlungsverzug. **45.**
- Mietgericht.** Sachliche Zuständigkeit. **54.**
- Nachteil.** Drohender, nicht leicht wieder gutzumachender. Stellungnahmen zu Noven. Weitschweifig gehaltene Duplikschrift. **11.**
- Nachteil.** Nicht leicht wieder gutzumachender. Rechtsmittelvoraussetzung. Beweisverfügung. Edition. **41.**
- Nachteilsprognose.** Realvollstreckung. Substanziierungsobliegenheit. Vorsorgliches Verbot. Konkurrenzverbot. Aktionärbindungsvertrag. **61.**
- Nachverfahren.** Sicherheitshaft. Sistierung. **15.**
- ne bis in idem.** Reichweite des Grundsatzes nach nationalem und nach Völkerrecht. **13.**
- Nebenintervenientin.** Schutzschrift. Rechtshängigkeit. **74.**
- Neuer Wohnort.** Entziehung von Minderjährigen. Aufenthaltsbestimmungsrecht. **5.**
- Nichteintreten.** Säumnisfolgen. Rechtsöffnungsverfahren. **39.**
- Nichteintretensentscheid.** Summarisches Verfahren. Rechtsmittel. Fristwiederherstellung. Rechtsvorschlag. Fehlendes neues Vermögen. **36.**
- Nötigung.** Arbeitnehmerin. Betriebsinterne Untersuchung. **78.**
- Noven.** Stellungnahme. Weitschweifig gehaltene Duplikschrift. Drohender, nicht leicht wieder gutzumachender Nachteil. **11.**
- Novenrecht.** Vereinfachtes Verfahren. Akteneinsichtsrecht. Verschiebungsgesuch. Tonbandaufnahme. **18.**
- Novenrecht.** Summarverfahren. Nachträglicher Rechtsvorschlag. **49.**
- Novenrecht.** Rechtliches Gehör. Rechtsschutzinteresse. Streitwert. Parteientschädigung. Vorsorgliche Beweisführung. Werk. Sachverständiger. **76.**
- Observation.** Versicherungsbetrug. **53.**
- Organisationsmangel.** Gegenstandslosigkeit nach Mangelbehebung. Prozesskostenverteilung. Ermessen. **2.**
- Organisationsmangel.** Fristwiederherstellung. **9.**
- Organisationsmangel.** Erweiterter Gehörsanspruch. Sachwalter. Liquidation. **26.**
- Organisationsmangel.** Zweigniederlassung. Einzelfirma. **75.**
- Parteientschädigung.** Sicherstellung. **22.**
- Parteientschädigung.** Streitwert. Vorsorgliche Beweisführung. Werk. Sachverständiger. Rechtsschutzinteresse. Rechtliches Gehör. Novenrecht. **76.**

- Parteivorträge.** Anzahl. Rechtsöffnung. Summarverfahren. Rechtsöffnungsverfahren. **59.**
- Paulianischer Rückerstattungsanspruch.** Eventualbegehren auf Wertersatz. **25.**
- Persönlichkeitsschutz.** Vorsorgliche Massnahmen. Medien. Beweismass. Beweislast. **69.**
- Persönlichkeitsverletzung.** Juristische Person. Internetzeitung. **14.**
- Preis Anpassungen.** Euro-Mindestkurs. Bankvertrag. Auslegung AGBs. **40.**
- Privatklägerschaft.** Zulassung. Beschwerde. **72.**
- Prozesskostenverteilung.** Ermessen. Organisationsmangel. Gegenstandslosigkeit nach Mangelbehebung. **2.**
- Prozessfähigkeit.** Rechtsschutzinteresse. Rechtsbegehren ungenügend bestimmt. Vertragsauslegung. Vorsorgliche Massnahmen. Hauptverfahren. Lizenzvertrag. **3.**
- Realvollstreckung.** Vorsorgliches Verbot. Konkurrenzverbot. Aktionärbindungsvertrag. Substanziierungsobliegenheit. Nachteilsprognose. **61.**
- Rechtliches Gehör.** Novenrecht. Rechtsschutzinteresse. Streitwert. Parteient-schädigung. Vorsorgliche Beweisführung. Werk. Sachverständiger. **75.**
- Rechtliches Gehör.** Akteneinsichtsgesuch. Steuerbehörde. Interessensnachweis. **79.**
- Rechtsbegehren ungenügend bestimmt.** Vorsorgliche Massnahmen. Hauptverfahren. Lizenzvertrag. Prozessfähigkeit. Rechtsschutzinteresse. Vertragsauslegung. **3.**
- Rechtshängigkeit.** Schutzschrift. Neben-intervenientin. **74.**
- Rechtshilfemassnahmen.** Rechtsschutz. IRSG als lex specialis. **35.**
- Rechtskraftbescheinigung.** Annahmen. Fakten. Rechtsöffnung. **34.**
- Rechtsmittel.** Nichteintretensentscheid. Summarisches Verfahren. Fristwiederherstellung. Rechtsvorschlage. Fehlendes neues Vermögen. **36.**
- Rechtsmittel.** Aufschiebende Wirkung. Vorsorgliche Massnahmen. KESR. **47.**
- Rechtsmittel.** **56.**
- Rechtsmittelbelehrung, falsche.** Vertrauensschutz. Beschwerdefrist. Fristauslösung. Zustellfiktion. **50.**
- Rechtsmittelvoraussetzung.** Nachteil, nicht leicht wiedergutzumachender. Beweisverfügung. Edition. **41.**
- Rechtsöffnung.** Bruttolohn. Gläubigermehrheit. **27.**
- Rechtsöffnung.** Scheidungskonvention. Leistungspflicht. **29.**
- Rechtsöffnung.** Rechtskraftbescheinigung. Annahmen. Fakten. **34.**
- Rechtsöffnung.** Parteivorträge. Anzahl. Summarverfahren. Rechtsöffnungsverfahren. **59.**
- Rechtsöffnung, provisorisch.** Abgetretene Forderung. **24.**
- Rechtsöffnung, provisorisch.** Zeichnungsberechtigung. Juristische Person. Werkvertrag. Basler Rechtsöffnungspraxis. **32.**
- Rechtsöffnungsverfahren.** Säumnisfolgen. Nichteintreten. **39.**
- Rechtsöffnungsverfahren.** Summarverfahren. Parteivorträge. Anzahl. Rechtsöffnung. **59.**
- Rechtsschutz.** Rechtshilfemassnahmen. IRSG als lex specialis. **35.**
- Rechtsschutz in klaren Fällen.** Ausweisung. Kosten- und Entschädigungsfolgen bei Gegenstandslosigkeit. **6.**
- Rechtsschutzinteresse.** Prozessfähigkeit. Rechtsbegehren ungenügend bestimmt. Vorsorgliche Massnahmen. Hauptverfahren. Lizenzvertrag. Vertragsauslegung. **3.**
- Rechtsschutzinteresse.** Rechtliches Gehör. Novenrecht. Streitwert. Parteient-schädigung. Vorsorgliche Beweisführung. Werk. Sachverständiger. **75.**
- Rechtsvorschlag.** Fehlendes neues Vermögen. Rechtsmittel. Nichteintretens-

- entscheid. Summarisches Verfahren. Fristwiederherstellung. **36.**
- Rechtsvorschlag.** Nachträglich. Novenrecht. Summarverfahren. **49.**
- Risikoüberwälzung.** Schadensüberwälzung auf Kundin. Leistung an Unberechtigten. Erfüllungsklage. **4.**
- Rückerstattungsforderungen.** Sozialhilfe. Vollstreckungsfrist. **30.**
- Rückweisung.** Kostenverteilung. Offenkundige Tatsachen. Fälligkeit gemäss SIA-Norm 118. **33.**
- Sachverständiger.** Werk. Vorsorgliche Beweisführung. Rechtsschutzinteresse. Rechtliches Gehör. Novenrecht. Streitwert. Parteientschädigung. **75.**
- Sachwalter.** Liquidation. Organisationsmangel. Erweiterter Gehörsanspruch. **26.**
- Säumnisfolgen.** Nichteintreten. Rechtsöffnungsverfahren. **39.**
- Schadenersatzansprüche.** Sicherstellung. Berufshaftpflichtversicherung. **8.**
- Schadensüberwälzung.** Risikoüberwälzung auf Kundin. Leistung an Unberechtigten. Erfüllungsklage. **4.**
- Scheidungskonvention.** Rechtsöffnung. Leistungspflicht. **29.**
- Scheidungsverfahren.** Kindesschutzmassnahmen. Sachliche Zuständigkeit. KESB. Vollzug. Aufsicht. Beistand. **70.**
- SchKG.** Instanzenzug. Beschwerdeverfahren. Unzuständige Behörde. Weiterleitung. **68.**
- Schützenswertes Interesse.** Honorarforderung. Anwaltsgeheimnis. Entbindung. Kostenvorschuss. **16.**
- Schutzschrift.** Nebenintervenientin. Rechtshängigkeit. **74.**
- Sicherheitshaft.** Nachverfahren. Sistierung. **15.**
- Sicherstellung.** Schadenersatzansprüche. Berufshaftpflichtversicherung. **8.**
- Sicherstellung.** Parteientschädigung. **22.**
- Sistierung.** Sicherheitshaft. Nachverfahren. **15.**
- Sistierung.** Zweite. **60.**
- Sozialhilfe.** Rückerstattungsforderungen. Vollstreckungsfrist. **30.**
- Spruchkörper.** Gerichtsinterne Überweisung. **51.**
- Steuerbehörde.** Akteneinsichtsgesuch. Interessensnachweis. Rechtliches Gehör. **79.**
- Streitgenossenschaft.** Eventuelle. **48.**
- Streitwert.** Parteientschädigung. Vorsorgliche Beweisführung. Werk. Sachverständiger. Rechtsschutzinteresse. Rechtliches Gehör. Novenrecht. **76.**
- Substanziierungsobliegenheit.** Nachteilsprognose. Realvollstreckung. Vorsorgliches Verbot. Konkurrenzverbot. Aktionärbindungsvertrag. **61.**
- Summarverfahren.** Rechtsmittel. Nichteintretensentscheid. Fristwiederherstellung. Rechtsvorschlag. Fehlendes neues Vermögen. **36.**
- Summarverfahren.** Novenrecht. Nachträglicher Rechtsvorschlag. **49.**
- Summarverfahren.** Rechtsöffnungsverfahren. Parteivorträge. Anzahl. Rechtsöffnung. **59.**
- Tatsachen, offenkundige.** Fälligkeit gemäss SIA-Norm 118. Kostenverteilung. Rückweisung. **33.**
- Tonbandaufnahme.** Akteneinsichtsrecht. Verschiebungsgesuch. Novenrecht. Vereinfachtes Verfahren. **18.**
- Überweisung, gerichtsintern.** Spruchkörper. **51.**
- Unentgeltliche Prozessführung.** Kostenersass. Entstehung des Anspruchs. **1.**
- Unentgeltliche Rechtspflege.** Unentgeltliche Rechtsverbeiständung. Vollstreckbarerklärungsverfahren nach LugÜ. **27.**
- Unentgeltliche Rechtspflege.** Aufklärungspflicht. Akteneinsicht. Gebühren. **66.**
- Unentgeltliche Rechtsverbeiständung.** Unentgeltliche Rechtspflege. Vollstreckbarerklärungsverfahren nach LugÜ. **27.**
- Untere Aufsichtsbehörde über Schuldbetreibung und Konkurs.** Ausstandsbegehren. **65.**

**Untersuchungsmaxime.** Uneingeschränkt. Kinderbelange. Einigungsversuch. **63.**

**Untersuchung, betriebsintern.** Nötigung. Arbeitnehmerin. **78.**

**Urteilsunfähigkeit.** Bewegungsfreiheit. Fürsorgerische Unterbringung. **55.**

**Vereinfachtes Verfahren.** Novenrecht. Akteneinsichtsrecht. Verschiebungsgesuch. Tonbandaufnahme. **18.**

**Vermögen.** Rechtsvorschlag. Rechtsmittel. Nichteintretensentscheid. Summarisches Verfahren. Fristwiederherstellung. **36.**

**Verschiebungsgesuch.** Akteneinsichtsrecht. Tonbandaufnahme. Novenrecht. Vereinfachtes Verfahren. **18.**

**Versicherungsbetrug.** Observation. **53.**

**Vertragsauslegung.** Vorsorgliche Massnahmen. Hauptverfahren. Lizenzvertrag. Prozessfähigkeit. Rechtsschutzinteresse. Rechtsbegehren ungenügend bestimmt. **3.**

**Verteilung.** Mehrkosten. Schriftliche Begründung. **57.**

**Vertragskündigung, vorzeitig.** Leasingratenerhöhung. Finanzierungsleasingvertrag. Geltungsbereich KKG. **20.**

**Vertrauensschutz.** Falsche Rechtsmittelbelehrung. Beschwerdefrist. Fristauslösung. Zustellfiktion. **50.**

**Verwechslungsgefahr, lauterkeitsrechtlich.** Vorsorgliche Massnahmen. Design. Kugelschreiber. Eigenart. **17.**

**Viermonatsfrist.** Bauhandwerkerpfandrecht. Behauptungs- und Substanziierungslast. **37.**

**Viermonatsfrist.** Bauhandwerkerpfandrecht. Glaubhaftmachung. **38.**

**Völkerrecht.** ne bis in idem. Reichweite des Grundsatzes. **13.**

**Vollstreckbarerklärungsverfahren nach LugÜ.** Unentgeltliche Rechtspflege. Unentgeltliche Rechtsverbeiständung. **27.**

**Vollstreckungsfrist.** Rückerstattungsforderungen. Sozialhilfe. **30.**

**Vollzug.** Aufsicht. Beistand. KESB. Sachliche Zuständigkeit. Kindesschutzmassnahmen. Scheidungsverfahren. **70.**

**Vorsorgliche Beweisführung.** Werk. Sachverständiger. Rechtsschutzinteresse. Rechtliches Gehör. Novenrecht. Streitwert. Parteientschädigung. **76.**

**Vorsorgliche Massnahmen.** Hauptverfahren. Lizenzvertrag. Prozessfähigkeit. Rechtsschutzinteresse. Rechtsbegehren ungenügend bestimmt. Vertragsauslegung. **3.**

**Vorsorgliche Massnahmen.** Design. Kugelschreiber. Eigenart. Lauterkeitsrechtliche Verwechslungsgefahr. **17.**

**Vorsorgliche Massnahmen.** KESR. Aufschiebende Wirkung. Rechtsmittel. **47.**

**Vorsorgliche Massnahmen.** Medien. Persönlichkeitsschutz. Beweismass. Beweislast. **69.**

**Vorsorgliche Massnahmen.** Gläubigerschutz. Liquidation. Aktiengesellschaft. Kapitalherabsetzung. **73.**

**Vorsorgliches Verbot.** Konkurrenzverbot. Aktionärbindungsvertrag. Substanziierungsobliegenheit. Nachteilsprognose. Realvollstreckung. **61.**

**Weiterleitung.** Unzuständige Behörde. Instanzenzug. Beschwerdeverfahren. SchKG. **68.**

**Werk.** Sachverständiger. Vorsorgliche Beweisführung. Rechtsschutzinteresse. Rechtliches Gehör. Novenrecht. Streitwert. Parteientschädigung. **75.**

**Werkvertrag.** Basler Rechtsöffnungspraxis. Provisorische Rechtsöffnung. Zeichnungsberechtigung. Juristische Personen. **32.**

**Wertersatz.** Eventualbegehren. Paulianischer Rückerstattungsanspruch. **25.**

**Wiederanhandnahme.** Beschwerde. **44.**

**Wiedereintragung.** Handelsregister. Glaubhaftmachung. Entscheidungsbüher. **58.**

**Zahlungsverzug.** Kündigung, ausserordentlich. Mieterausweisung. **45.**

**Zeichnungsberechtigung.** Juristische Person. Provisorische Rechtsöffnung. Werkvertrag. Basler Rechtsöffnungspraxis. **32.**

**ZPO.** Anwendbarkeit. Exequaturverfahren gemäss LugÜ. Beweislastverteilung. **19.**

**Zulassung.** Privatklägerschaft. Beschwerde. **72.**

**Zuständigkeit.** Ausstandsgesuch. **7.**

**Zuständigkeit, sachliche.** Mietgericht. **54.**

**Zuständigkeit, sachliche.** KESB. Vollzug. Aufsicht. Beistand. Kindesschutzmassnahmen. Scheidungsverfahren. **70.**

**Zustellfiktion.** Fristauslösung. Beschwerdefrist. Vertrauensschutz. Falsche Rechtsmittelbelehrung. **50.**

**Zweigniederlassung.** Einzelfirma. Organisationsmangel. **75.**